

Unter anderem in dieser Ausgabe:

KLASSENKAMPF I: LINKE IM BETRIEB s. 6

KLASSENKAMPF II: NEUE GRUNDSICHERUNG? s. 8

KLASSENKAMPF III: VERNÜNFTIGES LERNEN s. 10

KLASSENKAMPF IV: GEGEN VONOVIA-ABZOCKE s. 17

Veranstaltungstipp

Von links gelesen

Die Leipziger Buchmesse findet vom 19. bis 22. März statt. Im Rahmen des Begleitprogramms „Leipzig liest“ gibt es auch wieder zahlreiche Lesungen aus unserem Umfeld.

Mehr Infos auf Seite 20-22

Mitteilungsblatt

Ausgabe 03/2026

Zeitung von Die Linke Leipzig



Anlässlich des 81. Jahrestages der Ermordung der Antifaschisten um die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe und des 92. Jahrestages der Hinrichtung Marinus van der Lubbe fand am 11. Januar ein, vom BdA Leipzig organisiertes, Gedenken auf dem Südfriedhof statt.

Foto: Kay Kameth

Neue Zeitrechnung im MiB

Marco Hamann Editorial März

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr haltet mit unserer März-Ausgabe die erste Ausgabe dieses Jahres 2026 in euren Händen.

Richtig gelesen: Wir haben uns entschieden ab diesem Jahr eine neue Zeitrechnung einzuführen.

Wir, das ist die sich gerade neu konstituierende Redaktion des Mitteilungsblatts.

Mit dieser Ausgabe wird unsere Mitgliederzeitung von einem erweiterten Kreis von Genossinnen und Genossen herausgegeben. Damit gehen ein paar Änderungen einher, mit

denen wir das Blatt weiterentwickeln wollen. Eine der Änderungen betrifft den zeitlichen Bezugsrahmen der Ausgaben. Da sich der Druck und die Verteilung der Zeitung bis in das letzte Drittel des jeweiligen Monats ziehen, orientieren wir uns ab dieser Ausgabe auch inhaltlich auf den Folgemonat. Sprich: Terminankündigungen und Texte mit zeitlichem Bezug sollen fortan nicht mehr beim Erscheinen in der Vergangenheit liegen.

Die zweite wichtige Neuerung betrifft die Einsendung von Artikeln. Mit unseren neuen Kapazitäten können wir ein eingehenderes Lektorat bewerkstelligen. Damit wir dafür die nötige Zeit haben, wird der Stichtag für Einsendungen um eine Woche vorverlegt.

Bitte sendet uns eure Texte also bereits zum Redaktionsstart eine Woche früher als bisher zu. Für die kommende April-Ausgabe erbitten wir euch um Zusendung bis zum 23.02.2026 und für die darauffolgende Mai-Ausgabe bis zum 30.03.2026. Wir werden dann mit euch in Kontakt treten, um gegebenenfalls anfallende Änderungs- und Verbesserungsvorschläge mit euch zu besprechen. Gemeinsam wollen wir so die Qualität unserer Mitgliederzeitung weiter verbessern.

Soviel aufs Erste von eurer neuen Redaktion. Jetzt viel Freude beim Lesen der ersten Ausgabe in diesem Jahr.

Eure Redaktion

Sprechstunden & Sozialberatung

Die Linke vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger Linken sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 5. März 2026, 15:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385
Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- 2. Do. im Monat, 18:30 bis 20:00 Uhr
WKB, Grünau, Stuttgarter Allee 18
Tel. Nr. (0341) 2318440
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr,
INTERIM, Demmeringstraße 32,
Sozialberatung mit ELO -
Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr,
linXXnet, Brandstraße 15,
Sozialberatung mit ELO -
Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1. und 3. Do., 17:00 Uhr,
Solidarische Beratung im Stadtteil,
Stannebeinplatz 11,
Mail: sozialberatung-no@
dielinke-leipzig.de
- jeden Do. 16:00 bis 18:00 Uhr,
Stadtteil-Treff "Klinke",
Volckmarstraße 5 (rollstuhlgerecht),
Mail: sprechstunde.klinke@dielinke-
leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr
linXXnet, Brandstraße 15
- 3. Freitag im Monat, 18:00 Uhr
Pörstener Straße 9
Mail: mietsprechstunde@
dielinke-leipzig.de

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung:
Mi. 18. März 2026, 18:00 Uhr
Uhr, R 270, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
Mi. 25. März 2026, ab 14 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil):
Do. 26. Oktober 2026, ab 16 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus

„Bildung statt Panzer, Zukunft statt Zwang!“ Bundesweiter Schulstreik am 5.3.

Jacqueline Görner Die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht, versteckt als „freiwilliger Wehrdienst“, ist ein massiver politischer Irrweg. Schon jetzt wird diskutiert: Reicht die Anzahl der „Freiwilligen“ nicht aus, soll per Los entschieden werden und im Anschluss die Pflicht für alle eingeführt werden.

Damit werden wir in eine Debatte gedrängt, in der es nicht mehr um unsere freie Lebensgestaltung geht, sondern darum, junge Menschen vorzubereiten, im Kriegsfall für den deutschen Staat zu kämpfen.

Doch was ist mit unseren Grundrechten? Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes sichert zu, dass niemand gegen sein Gewissen zum Dienst an der Waffe gezwungen werden darf. Eine Debatte um Zwangsdienste unterläuft dieses Grundrecht, egal unter welchem Namen sie stattfindet.

Wir wollen kein halbes Jahr unseres Lebens

in Kasernen verbringen, Drill und Gehorsam lernen oder für militärische Einsätze ausgebildet werden. Krieg ist kein Projekt für unsere Zukunft, er zerstört Leben, Gesellschaften und unsere Lebensgrundlage.

Stattdessen müssen wir uns für echte Sicherheit einsetzen: für soziale Gerechtigkeit, Abrüstung, stabile Bildung und Gesundheitsversorgung, für Solidarität statt Aufrüstung.

Deshalb rufen die AG Antimilitarismus und linksjugend Leipzig zum auf:

Kommt am 5. März um 11:30 Uhr zum Richard-Wagner-Platz in Leipzig, setzt ein Zeichen gegen Zwangsdienst und militaristische Politik und zeigt, dass wir für Frieden und Selbstbestimmung stehen.

Gemeinsam können wir deutlich machen: Freiwilligkeit bedeutet nicht Zwang und Sicherheit entsteht durch soziale und politische Stärke, nicht durch Uniformen.

Kundgebung:

Bundesweiter Schulstreik

Donnerstag
5.3.
11.30 Uhr
Richard-Wagner-Platz

BILDUNG STATT PANZER,
ZUKUNFT STATT ZWANG!

links jugend Leipzig

Die Linke
AG Antimilitarismus

Wehrpflicht? Verweigern!

Juno Behr (Praktikantin im linXXnet) Die Wehrpflicht wird zurückkehren und die Frage der Verweigerung wird wieder akut. Die entsprechenden Vorbereitungen führen dazu, dass junge Menschen nun einen Wehrpflicht-Fragebogen erhalten und ausfüllen müssen. Die verschiedenen gesellschaftspolitischen und individuellen Fragen von Verweigerung, Komplettverweigerung und den Implikationen der Zwangsdienste haben wir im linXXnet mit Ralf Buchterkirchen und Lisa Pfitzmann diskutiert. Ralf Buchterkirchen, seines Zeichens Bundesprecher*in der Deutschen Friedensgesellschaft- Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DSG-VK), bot in seinem Input einen Abriss zur Geschichte der Wehrpflicht mit einem Fokus auf patriarchale Strukturen und Männlichkeitsvorstellungen eine genderkritische Perspektive. Ralf organisiert derzeit für die DFG-VK auch Beratungsstrukturen, u.a. in Halle. Lisa Pfitzmann beschäftigt sich für die Linksjugend und für die Partei (als jugendpolitische Sprecherin) mit der Wehrpflicht und bot im Laufe der Veranstaltung immer wieder gute Argumentationen für eine linke Position in der Debatte, die jeden Zwangsdienst (also auch zivile Pflichtdienste) ablehnt. Auch Lisa organisiert innerhalb der Parteistrukturen Beratungsangebote zum Thema.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 schien das Thema erledigt. Doch mit den aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen und der geplanten Wiedereinführung einer Bedarfspflicht ab 2026 rückt eine Frage in den Mittelpunkt: Was passiert, wenn ich den Dienst an der Waffe verweigern möch-

te? Laut Bundesverteidigungsministerium sollen Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 ab dem 1. Juli 2027 für eine Musterung eingeladen werden. Ziel ist eine Aufstockung der Truppe von aktuell 182.000 Soldat*innen auf bis zu 270.000 bis 2035. Doch diese Plänen stoßen auf berechtigte Kritik, vor allem bei jungen Menschen, also den unmittelbar Betroffenen. Eine Umfrage aus dem Jahr 2024 zeigt: Nur 30% der Befragten sprechen sich grundsätzlich für eine neue Wehrpflicht aus, viele befürchten eine klare Einschränkung ihrer Freiheit und Selbstbestimmung.

Das Grundgesetz (Art. 4. Abs. 3 GG) garantiert jedoch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Dieses Recht gilt auch für Reservist*innen (also ehemalige Soldat*innen) und für Personen, die bereits gemustert wurden. Um den Kriegsdienst verweigern zu können, muss man einen Antrag beim Bundesamt für Fa-

milie und zivilgesellschaftliche Aufgaben stellen und seine Gewissensentscheidung begründen. Unterstützung (sowie Vorträge für Aufklärung im Bereich Wehrpflicht) bieten Organisationen wie die Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK). Diese helfen dabei, den Antrag gut zu formulieren. Die Diskussion zeigt: Viele junge Menschen wollen Verantwortung übernehmen – aber auf friedliche Weise. Kriegsdienstverweigerung bedeutet nicht Ablehnung von Sicherheit, sondern Einsatz für Frieden, Menschlichkeit und Gewissen.

Am Anfang und am Ende der Debatte zeigte sich der Bedarf, auch in Leipzig Beratungsangebote für die Verweigerung zu schaffen. Derzeit scheint es da noch nichts zu geben. Sowohl Ralf als auch Lisa boten an, hier zu unterstützen. Eine Initiative dazu gilt es nun zu schaffen. Kontaktiert uns dafür gern im linXXnet!



Fotos: Juno Behr

Dienen. Für. Deutschland?

Unter dem Motto Wehrpflicht und Aufrüstung: Wer bezahlt die Rechnung? Diskutierten am 5. Februar Desiree Becker, Ole Nymoen und Sören Pellmann im Leipziger Felsenkeller.

Im Mittelpunkt standen dabei die Fragen:

- Wie gefährden Rüstungsmilliarden unsere soziale Sicherheit?
- Warum macht uns Aufrüstung nicht sicherer, sondern ärmer?
- Und wie schaffen wir echte Alternativen?

Die Linke im Bundestag fordert: Wehrpflicht endgültig aus dem Grundgesetz streichen! Abrüstung statt Hochrüstung! Das Geld in Pflege, Bildung und Klima. Für eine friedliche Zukunft ohne Zwangsdienst und Militarisierung.

Fotos: Kay Kamieth



Sollen, wollen, können wir OBM 2027 werden?

Leo Schmidt Fragen und Vorschläge zur Kandidatur Linker Kandidat*innen

*Nächstes Jahr wird in Leipzig ein neues Stadtoberhaupt gewählt. Betrachtet man die Ergebnisse der letzten Stadtrats- und Bundestagswahl besteht die Chance, dass Leipzig erstmals eine*n OBM der Linken bekommen könnte. Doch wie immer, wenn linke Parteien Machtpositionen anstreben, wirft auch diese Wahl eine ganze Reihe an Fragen auf, die bisher leider nicht in der nötigen Breite diskutiert wurden.*

Als Sozialist*innen müssen wir sehr genau überlegen, ob und wie wir uns an Wahlen beteiligen. Schließlich sind unsere Ansprüche weiter gefasst, als die der anderen Parteien. Die OBM-Wahl ist eine heikle Angelegenheit, da sie uns in Regierungsverantwortung bringen könnte. Niemand kann uns, anders als bei Parlamentswahlen, für eine starke Opposition wählen. Es gilt aber auch hier unser Slogan: Alle wollen regieren, wir wollen verändern. Aber wie?

Wir müssen also glaubhaft verkörpern, dass wir wirklich versuchen werden durch Regieren zu verändern. Gleichzeitig dürfen wir keine großen Illusionen in dieses Amt der bürgerlichen Demokratie schüren. Das ist definitiv ein Ritt auf Messers Schneide. Denn betrachtet man die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen, denen immer mehr Aufgaben ohne den nötigen Mittelausgleich aufgehälst werden, ist es überaus fraglich, welchen Spielraum es für eine sozialistische Politik von den Höhen der Bürgermeisterschaft aus gibt oder ob die Verwaltung des Mangels jede vorwärtsweisende Perspektive verstellt.

Das Wagnis linker OBM kann also nicht ohne einen realen Machthebel gelingen. Am wichtigsten ist dafür eine aktive Basis, die in Bewegungen und Gewerkschaften verankert ist und sich im Klaren darüber ist, was es in Leipzig wirklich für ein gutes Leben bräuchte. Das beträfe unseren ÖPNV, unsere Kitas, Schwimmbäder, Jugendeinrichtungen, die LWB, etc. Da dieses gute Leben mehr Geld kostet als der Stadt zugestanden wird, muss der*die OBM gemeinsam mit dieser Bewegung und ihrem politischen Ausdruck in der Stadtratsfraktion in den offenen Konflikt mit Land und Bund gehen. Wir müssten als Partei also diskutieren, wie wir eine solche Bewegung aufbauen könnten und was unserer plan-to-win wäre. Schließlich müssten wir dann auch ergebnisoffen diskutieren, ob sich für dieses Vorhaben derzeit überhaupt ein*e geeignete*r Kandidat*in aus unseren Reihen finden lässt.

1, 2 oder 3 – letzte Chance vorbei?

Auf einer ersten Veranstaltung wurden der Basis drei potenzielle Kandidierende für die Wahl zum Leipziger Oberbürgermeister

2027 vorgestellt: die seit 10 Jahren als Kulturbürgermeisterin tätige Skadi Jennicke, der seit 20 Jahren amtierende Bürgermeister für Umwelt, Klima, Ordnung und Sport Heiko Rosenthal und Sören Pellmann, der seit 2009 im Stadtrat und seit 2017 im Bundestag sitzt. Das Kriterium für diese Vorauswahl war also offensichtlich Verwaltungserfahrung. Warum wurde das zum entscheidenden Kriterium gemacht? Mindestens die beiden erstgenannten Fachbürgermeister*innen zeichneten sich nicht gerade durch Charisma oder strategische Klarheit aus, was ich viel entscheidender für dieses Amt halte. Für die praktischen Probleme des Verwaltungsalltags könnte man sich eine qualifiziertes Team aufbauen (was das Amt direkt etwas kollektiver gestalten könnte). In Anzug und Kostüm hielten sie ihre mitunter sehr langen Podiumsbeiträge im glattgebügelt und häufig nichtssagenden Sprech von Berufspolitiker*innen. Das sollte sich bis zum Wahlkampf ändern. Ich frage mich auch, wie bekannt und verankert die beiden tatsächlich in der Partei sind.

Bei Pellmann sieht das zugegeben etwas besser aus. Ich bezweifle jedoch, dass dieser sein Bundestagsmandat und die besondere Rolle des Fraktionsvorsitzenden aufgeben würde.

Insgesamt machte die Veranstaltung aber nicht gerade den Eindruck, als könnten noch weitere Kandidat*innen diskutiert und aufgestellt werden, sondern als sei eine*r von den Dreien gesetzt.

There is no alternative?

Da Pellmann vermutlich raus ist, läuft das Rennen zwischen Jennicke und Rosenthal. In ihrer Farblosigkeit unterschieden sich beide sowohl auf dem Podium der erwähnten Veranstaltung als auch in der bisherigen Ausübung ihres Amtes in den letzten Jahrzehnten nicht wirklich voneinander. Es ist also anzunehmen, dass Jennicke der Vortritt gelassen wird, da die Genderkomponente hier noch ein paar mehr Stimmen aus dem liberalen Milieu bringen könnte.

Sie soll dann im April (?) auf einer Wahlversammlung als unsere Kandidatin aufgestellt werden. Auch hier ist deutlich zu kritisieren, dass dieser Termin bisher nur im Buschfunk zu hören ist. Wie sollen sich ehrenamtlich engagierte Mitglieder und ihre Strukturen ernsthaft auf diesen Termin vorbereiten, wenn der erst wenige Wochen vorher bekannt gegeben wird? Bedenklich ist auch, dass es bis auf diese Veranstaltung bisher keine Möglichkeit der Beteiligung gab. Da das im April nur eine Wahlversammlung und kein Parteitag sein wird, fällt auch die Möglichkeit weg Anträge zu stellen und Debatten

zu führen. Was sind nun mögliche Optionen für den Umgang mit dieser Misere?

Vier Optionen für ein Halleluja?

- Erstens könnte einfach alles seinen Lauf nehmen und wir machen normalen Wahlkampf. Hier ein paar Infostände, dort ein paar Haustüren und zwischendurch ein paar weitere langweilige Podien mit Berufspolitikersprech. Die Basis dürfte Plakate hängen, Flyer verteilen und müsste sich aus den Fingern saugen, warum Jennicke wirklich einen Unterschied machen würde und es sich lohnt sie zu wählen, wenn man ein besseres Leipzig will. Das wäre mein persönlicher Albtraum, dem ich mich gerne entziehe. Außerdem ist die Gefahr groß, dass sie dann tatsächlich gewählt und mit den harten Realitäten der sogenannten Zeitenwende und den damit einhergehenden Kürzungen (sog. Sachzwänge) konfrontiert wird. Gestrichen werden dann freiwillige öffentliche Leistungen, z.B. im sozialen Bereich. Sozialverträglich selbstverständlich. Wie alle anderen Parteien würden wir den Leuten also erst Hoffnungen und am Ende kaum einen Unterschied machen. Das würde unserer Partei und ihrem erst kürzlich wiedergewonnen sozialen Antlitz ungemein schaden.

- Zweite Option wäre es schlichtweg keinen Wahlkampf für sie zu machen. So würden wir zwar jemanden aufstellen, könnten aber darauf hoffen, dass sie nicht gewinnt und so als OBM nicht für Kürzungen und Sozialabbau mitverantwortlich wäre. Dies halte ich für keine gute Option, da wir dann ebenfalls einen langweiligen Wahlkampf hätten und den Rechten kampfflos das Feld überlassen würden. Deren Politik würde uns das Leben in dieser Stadt definitiv noch mehr vermiesen. Andererseits könnten wir dann als nicht-Verantwortliche besser Stärke und Widerstand aufbauen.

- Eine Art Mittelweg zwischen diesen beiden Optionen wäre Jennicke als parteilose Kandidatin ins Rennen zu schicken. Das würde auch zu ihrer Aussage passen Bürgermeisterin für alle Leipziger*innen (und damit auch für die 125 Einkommensmillionäre?) sein zu wollen. Sie wäre definitiv besser als ein CDUler und würde trotzdem nicht im Namen der Linken Mist bauen. Fragwürdig bleibt, ob dieser formalistische Trick in der öffentlichen Wahrnehmung wirklich aufgeht und wer dann für sie Wahlkampf machen soll.

- Die dritte Option wäre es Jennicke mit einer Kandidatinnenvereinbarung auf links zu trimmen. Beispiel könnten hier die Forderungen sein, die wir 2020 an Jung stellten, als wir unsere Kandidatur zu seinen Güns-

ten zurückzogen. Dort forderten wir u.a. die Einführung eines 365 Euro Tickets, gänzlich kostenloses Fahren für Schüler*innen, eine finanzielle Stärkung des sozialen Wohnungsbaus der u.a. LWB und eine Ausweitung des Leipzig-Passes für Menschen im Niedriglohnbereich. [1] Noch interessanter sind die Beschlüsse der letzten Berliner Parteitage. Hier wird von Mandatsträger*innen z.B. erwartet das „politische Primat der Partei“ [2] anzuerkennen und ihr Handeln an unseren Beschlüssen auszurichten. Verabschiedet wurde auch ein Gehaltsdeckel für Abgeordnete, der dem durchschnittlichen Nettoeinkommen von Lehrer*innen in Berlin entspricht. Eine Deckelung ihrer dann ca. 15.000 Euro im Monat schlossen aber alle drei bereits auf der Veranstaltung aus. Wie geht das mit unserem Grundsatz zusammen, dass bodenständige Politik bodenständige Gehälter braucht?

In einem weiteren Beschluss wird eine Strategiekonferenz gefordert, die zunächst grundlegende Fragen klärt, ehe Nägel mit Köpfen gemacht werden. Fragen wie „Welche Vorteile für das Erreichen des Sozialismus bietet eine Regierungsbeteiligung oder opfert Die Linke damit das langfristige Ziel für kurzfristige Erfolge?“ oder „Wie wird sichergestellt, dass die Abgeordneten (und Senator*innen bzw. Bürgermeister*innen) im Interesse der Partei und des Kampfes für den Sozialismus agieren?“. [3] Ja diese

Fragen sind abstrakt und klingen (gerade in Sachsen) ein bisschen wie aus einer anderen Welt. Welche Rolle Wahlkämpfe und schließlich Regierungsverantwortung dabei spielen können Die Linke zu einer sozialistischen Alternative weiterzuentwickeln, sind jedoch durchaus Fragen, die wir auch in Leipzig dringend diskutieren sollten.

- **Eine Vierte Option** hat einen ähnlichen Grundgedanken. Wir könnten eine solide sozialistische Wahlkampagne aufziehen, die klar Probleme in der Stadt benennt und Lösungen anbietet. Diese könnte mit einer breiten Antikürzungskampagne der Landtagsfraktion und des Landesverbandes gegen den kommenden Kürzungshaushalt für 2027/2028 verzahnt werden. Eine gerade veröffentlichte Studie hat ermittelt, dass unser Vorschlag zur Vermögenssteuer jedes Jahr 4,4 Mrd. Euro in die sächsischen Kassen spülen würde. [4] Mit einer solchen Kampagne könnte ein eher personenunabhängiges Narrativ gesetzt werden, das Jennicke helfen würde sozialistische Eckpfeiler ihrer Leipzig-Politik zu setzen. Es müsste jedoch diskutiert werden, inwieweit die Wahlkampagne eines spezifischen Amtes tatsächlich sinnvoll entpersonalisiert werden kann und sollte.

Klar ist auch, dass eine solche Kampagne aufgrund der kommunalen Rahmenbedingungen eine wirkliche Herausforderung

ist. Insbesondere in der öffentlichen Kommunikation. Hier müssen wir Wege finden ein größeres Bild zu zeichnen, das unseren Kampf mit der Landes- und Bundesebene verknüpft. Die große Frage bleibt aber, wie wir die Spielräume dieses Amtes auf kommunaler Ebene nutzen könnten, um dann wirklich konfrontativ für eine sozialistische Politik zu streiten. Insbesondere mit Jennicke als unsere Speerspitze, die sogar vom Kreuzer „erstaunlich leidenschaftslos“ [5] genannt wurde.

[1]: https://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/Wahlen/OBM-Wahl_2020/2020_OBM-Wahl_Mehr_Leipzig_wagen.pdf

[2]: <https://dielinke.berlin/landesparteitag/beschluesse/det/news/mandatstraegerinnenvereinbarung-fuer-die-wahl-2026/>

[3]: <https://dielinke.berlin/landesparteitag/beschluesse/det/news/strategieprozess-zur-regierungsbeteiligung-die-linke-berlin/>

[4]: <https://linksfraktionsachsen.de/presse-detail/susanne-schaper-linkes-vermoegensteuerkonzept-bringt-sachsen-4-4-milliarden-euro-pro-jahr-nicht-nur-der-finanz-minister-koennte-sich-freuen/>

[5]: <https://kreuzer-leipzig.de/2026/01/28/leipzig-topp100-wichtig-leipziger-leipzigerinnen>

Parteiaustritte im SBV Nordwest nach Demonstrationen in Connewitz am 17.01.2026

Stefan Nagel Am 17.01.26 demonstrierten in Connewitz verschiedene linke Gruppen mit unterschiedlichen Standpunkten in der Nahostdebatte gegeneinander. Die Ursache für diese Konfrontation liegt in gegenseitigen Angriffen der letzten Monate und Jahre. Auf den gängigen social Media Plattformen griffen sich die verschiedenen Lager der eher israelsolidarischen und eher palästinasolidarischen Gruppen auf eine teilweise sehr aggressive Weise an. Darauf folgten Angriffe mit physischer Gewalt in Leipzig. Natürlich weisen wir als Mitglieder der Linken jede Form der Gewalt entschieden zurück. Wir müssen uns aber auch aktiv dafür einsetzen, dass wir zu einer vernünftigen Debattenkultur zurückfinden, ohne Vorurteile und Verdrehen von Begriffen. Wir wollen, dass sich alle unsere Mitglieder trauen können, sich an Debatten zu beteiligen. Und wir wollen in dieser immer stärkeren Polarisierung keine Mitglieder verlieren. In den Tagen nach den Demos sind 5% der Mitglieder meines SBV Nordwest ausgetreten. Eine sehr ungewöhnliche Häufung im kleinsten Stadtbezirksverband der Leipziger Lin-

ken. Sie geben konträre Standpunkte in der Nahostfrage an. Entweder ist ihnen der Stadtverband zu stark von antideutschen oder zu sehr von der palästinasolidarischen Seite geprägt. Aber egal wo sie bei diesem Thema stehen, sie werden uns bei unserer antifaschistischen Arbeit im Leipziger Nordwesten fehlen. Deshalb möchte ich auf das gemeinsame Selbstverständnis hinweisen, das wir als Mitglieder der Linken teilen. Hier versichern wir uns gegenseitig gemeinsamer Werte, die besagen, dass wir weder Antisemiten noch Rassisten, Faschisten, Nationalisten etc. sind. Innerhalb der Linken glauben wir uns zum allergrößten Teil diese Werte und vertrauen darauf. Dieses Vertrauen wurde offensichtlich durch die Art und Weise, wie beide Seiten in den letzten Monaten miteinander umgegangen sind, erschüttert. Wenn nun aber das eben beschriebene grundlegende Vertrauen ganz schwindet, können wir den Laden dicht machen. Dann gäbe es keine wirkmächtige politische Kraft mehr, die den Widerstand gegen den Kapitalismus und Faschismus organisieren könnte. Lasst uns das gegen-

seitige Vertrauen in unsere grundlegenden Werte auch in unsere linken Gruppen außerhalb der Partei tragen und für sichere Räume sorgen, in denen wir ohne Angst diskutieren können. Indem wir an ganz vielen verschiedenen Orten Deutschlands konkrete Hilfsangebote für die Menschen in unseren Kiezen und so die Menschen selbst organisieren, haben wir genau jetzt die Möglichkeit eine solidarische Bewegung zu starten, mit der wir den Aufstieg der Faschisten stoppen können. Dazu brauchen wir uns Alle! Niemals allein, immer gemeinsam!

„Linke im Betrieb. Kämpferisch und straßentauglich.“

Stefan Nagel Bericht von einer Konferenz von Kolleg*innen für Kolleg*innen

„Das Arbeitszeitgesetz!“. Dies war die Antwort des Bundeskanzlers Merz auf die Frage, welches Gesetz er als erstes abschaffen würde, wenn er denn könnte. Eine Woche nach seinem Statement beim Neujahrsempfang der Wirtschaft in Halle (Saale) folgte der Angriff der CDU auf das Recht auf Teilzeit. Der 8-Stunden-Arbeitstag ist den christdemokratischen Handlanger*innen der Kapitalseite schon seit längerem ein Dorn im Auge. Deren Kampfansage ist klar und unmissverständlich. Die einzig richtige Antwort seitens uns Lohnabhängigen darauf kann nur der Generalstreik sein - verbunden mit der Forderung nach der 32-Stunden-Woche. Nur leider ist uns Arbeiter*innen unser mächtigster Machthebel bei Strafe verboten. Ich sehe in den Chefetagen der Gewerkschaften auch niemanden, der oder die den Schneid hätte, für einen Aufruf zum wilden Generalstreik möglicherweise ins Gefängnis zu gehen. Ich bin aber guter Dinge, dass unsere Gewerkschaften zumindest zu großen, landesweiten Demonstrationen außerhalb der Arbeitszeit mobilisieren werden. Wir Arbeiter*innen müssen aber auch selbstkritisch genug sein, um uns einzugestehen, dass wir wahrscheinlich nur einen kleinen Teil unserer Kolleg*innen zu diesen Demos oder zu Streiks mobilisieren können. Selbst in Betrieben mit einem relativ hohen Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern fällt dies schwer, wie uns der 1. Mai oder Warnstreiks in Tarifrunden regelmäßig zeigen. Dafür führe ich zwei Gründe an: Zum einen fehlt uns die gemeinsame politische Grundlage. Damit meine ich nicht die gleiche Präferenz in der Parteienlandschaft, sondern das Klassenbewusstsein und der Fokus auf die politischen Themen, die unseren Arbeitsalltag prägen. Zum anderen fehlt den allermeisten Kolleg*innen das Verständnis dafür, dass Betriebsräte, Gewerkschaften und die Politik keine Dienstleister sind, die die Dinge für uns regeln. Die Gründe dafür sind komplex. Die Erkenntnis daraus muss aber lauten, dass wir uns als Kolleg*innen in diese Gremien begeben und uns dort einmischen müssen, um Strategien und Politik von Kolleg*innen für Kolleg*innen zu entwickeln. Als Leitmotiv könnte uns dabei ein Spruch aus dem Handwerk dienen: „Wenn es gut werden soll, müssen wir es selbst machen.“

Diese Überlegungen und Erfahrungen waren die Grundlage, auf der die Konferenz „Linke im Betrieb. Kämpferisch und straßentauglich“ organisiert wurde. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen und Thüringen gab Kolleg*innen u.a. von BMW Leipzig, VW Chemnitz, VW Sachsen, Carl Zeiss Jena, Uniklinik Leipzig, DHL Hub Leipzig und Neumayer Tekfor in Schmölln den Rahmen da-

für. Unterstützt wurde die Stiftung dabei von den Landesarbeitsgemeinschaften Betrieb & Gewerkschaft (LAG B&G) der Linken in Sachsen und Thüringen.

Am 24.01.26 kamen 75 Kolleg*innen im OFT Völkerfreundschaft in Leipzig Grünau zusammen um sich zu vernetzen und Erfahrungen sowie Ideen rund um die Organisierung ihrer Kolleg*innen zu diskutieren und sich gemeinsam auf die Betriebsratswahlen und die Orgawahlen ihrer Gewerkschaften einzustimmen. Dies fand in sechs Workshops statt, aus denen ich euch im Folgenden kurz berichten möchte.

Linkes Organizing im Betrieb

Nachhaltiger Strukturaufbau, Mitglieder-gewinnung, Selbstwirksamkeit – dies alles sind Dinge, die sich die Kolleg*innen am DHL Hub Leipzig mit Hilfe von hauptamtlichen Organizer*innen von ver.di während ihrer letzten Tarifrunde erarbeitet haben und von denen sie im Workshop berichteten. Sie haben ihre Vertrauensleutestruktur auf Vordermann gebracht, Kolleg*innen in die Tarifkommission entsandt, ihren Organisationsgrad deutlich erhöht und konnten ihre Chefetage in mehreren Streiks gehörig unter Druck setzen, was zu einem für die allermeisten Kolleg*innen zufriedenstellenden Tarifabschluss führte. Aber auch individuell sind viele Kolleg*innen regelrecht aufgeblüht und haben sich hier jenseits der beruflichen Anforderungen der Kapitalseite ihres Unternehmens, stark weiterentwickelt. Ein zweiter Beitrag thematisierte die gewerkschaftliche Erschließung in der Chipindustrie in Dresden sowie in der Stahlindustrie in Riesa. Ein Hauptamtlicher der IGM diskutierte die Frage, was mit linkem Organizing eigentlich gemeint ist. Reine Erschließung reiche bei weitem nicht aus. Viele Kolleg*innen sympathisieren offen mit der AfD. Der Referent plädierte für marxistische Bildung. Nur Klassenbewusstsein könne helfen, die Kolleg*innen zurück zu gewinnen. Linkes Organizing in diesem Sinne, gebe es aktuell aber nicht. Gewerkschafter*innen und Linke sind gefordert, die Ansätze weiterzuentwickeln. Nam Duy Nguyen (MdL, Sprecher für Gewerkschafts- und Arbeitspolitik, Sport, Asyl- und Migrationspolitik und ostdeutsche Belange der Linksfraktion im sächs. Landtag) moderierte diesen Workshop, erzählte von seinen Erfahrungen in der Streikunterstützung von Kolleg*innen verschiedener Betriebe und nahm die Energie aus den Betrieben für seine Arbeit im Parlament mit.

Deindustrialisierung, Mitbestimmung und Abwehrkämpfe

Kolleg*innen von Neumayer Tekfor in

Schmölln berichteten von ihrem Kampf um ihren Betrieb und ihre Arbeitsplätze. Sie sind 380 Beschäftigte in einem Unternehmen der Automobilindustrie. Sie fertigen u.a. Nockenwellen für Verbrennungsmotoren, sind aber auch Teil der Transformation hin zu Elektrifizierung. So produzieren sie inzwischen auch Rotorwellen für Elektromaschinen. Vor drei Jahren wurde ihr Betrieb von dem amerikanischen Automobilzulieferer American Axle & Manufacturing, Inc. gekauft. Nun soll der Standort wegen „schlechter Finanzsituation“ geschlossen werden. Eine Situation, die viele Beschäftigte, speziell in Firmen der Automobilindustrie, gerade teilen. Aufgrund der Tatsache, dass unter den Kolleg*innen und in der Politik zu wenig über Möglichkeiten der Vergesellschaftung und Genossenschaften bzw. eine grundlegende Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem gesprochen wird, bleibt in diesen Situationen oftmals nur die Suche nach einem neuen Investor. Verläuft diese erfolglos, läuft es im besten Fall auf einen Sozialtarifvertrag hinaus, in dem lediglich noch die Höhe der Abfindungen und die Laufzeit der Transfergesellschaft geregelt wird. Was darüber hinaus noch erkämpft werden könnte, und wie wir die Strukturen dafür aufbauen können, war Teil der anschließenden Diskussion.

Gewerkschaften und Bewegungen

Hier fanden die aktuellen Tarifrunden des öffentlichen Dienstes der Länder und des Nahverkehrs ihren Platz. Kolleg*innen aus der Uniklinik Leipzig und den Leipziger Verkehrsbetriebe berichteten von der kämpferischen Stimmung in ihren Betrieben und ihren Zielen in der Tarifrunde und darüber hinaus. Es geht ihnen nicht nur um mehr Geld. Es geht um Entlastung, bessere Arbeitsbedingungen und die Qualität unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Gegner in diesen Auseinandersetzungen sind die Regierungen, die unser Aller erarbeitetes Steuergeld lieber den privaten Rüstungsfirmen in den Rachen schieben, anstatt unsere öffentlichen Strukturen zu stärken und



Fotos: Angela Müller

uns so eine gute Grundversorgung unabhängig von privatem Kapital zu gewährleisten. Vertreter*innen vom Streiksolibündnis „Leipzig steht zusammen“ berichteten von ihren Kooperationen mit Kolleg*innen aus verschiedenen Betrieben und ihren Plänen, Solidarität mit den Streikenden in der Stadtbevölkerung zu organisieren sowie die Forderungen der Beschäftigten politisch mit Nachdruck zu adressieren.

Stressresistenz in betrieblichen Konflikten und Gremienarbeit

Wer seine Kolleg*innen organisieren möchte, kommt um politische Diskussionen nicht herum. Diskussionen, die auch schonmal kontrovers werden können. Hierbei entstehen Konflikte mit den Kolleg*innen aber auch im Hinblick auf die eigene Unsicherheit und die Erkenntnis, dass einem die besten Argumente oft erst ein paar Stunden nach der Diskussion einfallen. Man befindet sich also im Konflikt mit Anderen und mit sich selbst. Verstärkt wird der dadurch entstehende Stress, wenn man in Betriebsrat oder Gewerkschaft Verantwortung übernimmt und Konflikte im Auftrag ganzer Belegschaften führt. Um diese Auseinandersetzungen über längere Zeiträume führen zu können, ohne gesundheitliche Schäden davon zu tragen, ist eine gute Resilienz und das Wissen darüber, wie Menschen in Konfliktsituationen reagieren, entscheidend. Der Workshop wurde nur von wenigen Kolleg*innen besucht. So war aber eine beinahe individuelle Beratung durch eine Diplom-Soziologin und einen Gewerkschafter und Vertrauenskörperleiter aus der Automobilindustrie möglich. Dies gab den Teilnehmenden die Gelegenheit zur Selbstreflexion und die Möglichkeit, neue Techniken für den Umgang mit Konfliktsituation zu erlernen.

Die Linke goes to organisierende Klassenpartei

In diesem Workshop widmeten wir uns insbesondere den Fragen: Wie können wir eine organisierende Klassenpartei werden und warum sollten wir das überhaupt? Florian Landes (Vorsitzender Gesamtauszubildendenvertretung Carl Zeiss Jena) gab uns Antworten aus betrieblicher Perspektive: Die Kolleg*innen haben ein Dienstleistungsverhältnis zu Betriebsräten, Gewerkschaften und Politik entwickelt. Sie erwarten, dass die Dinge dort in ihrem Sinne geregelt werden. In der fortlaufenden Erkenntnis, dass

dies nicht geschieht, entwickelt sich eine Frustration oder Resignation, die dazu führt, dass die Kampfbereitschaft in betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen schwindet. Genauso schwindet der Glaube an die Demokratie, was den Rechten in die Karten spielt. Jana Seppelt (Landesfachbereichsleiterin Bildung, Soziales, Wissenschaft ver.di Berlin, Brandenburg und BAG Betrieb & Gewerkschaft) griff die betriebliche Perspektive auf und ging dann darüber hinaus und allgemeiner auf die Partei ein. Sie gab uns einen Einblick über den Arbeitsstand der für die Strategieentwicklung zur organisierenden Klassenpartei zuständigen Arbeitsgruppe des Parteivorstandes. Johannes Schmidt (Co-Vorsitzender Die Linke Leipzig) gab uns einen historischen Abriss über die Entstehung des Klassenbegriffs und erörterte die kritisch-solidarische Schärfung des Begriffs. Außerdem erläuterte er welche Konzepte sich hinter der organisierenden Klassenpartei verbergen. Vor der abschließenden Diskussion präsentierte ich einen konkreten Entwurf der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linken in Leipzig für eine Strategie, mit der wir die Organisation von Kolleg*innen praktisch umsetzen können. Vom Mapping über den Aufbau von Betriebsgruppen, der Vernetzung und Bildung der Beschäftigten bis hin zur Präsenz der Kolleg*innen in Betriebsräten, Gewerkschaften, der Linken und Parlamenten weist der Entwurf die Grundzüge einer betrieblichen Basisorganisation auf. Die Teilnehmenden des Workshops verabredeten sich zu einer gemeinsamen Videokonferenz mit Vertreter*innen der entsprechenden Arbeitsgruppe des Parteivorstandes, der BAG Betrieb & Gewerkschaft, dem Marxistischen Austausch Leipzig sowie einer Hamburger Arbeitsgruppe, um an der Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie zu einer organisierenden Klassenpartei weiterzuarbeiten.

Rechtsruck in Betrieb und Gesellschaft

Rund 50% der Arbeiter*innen gaben nach der Bundestagswahl 2025 an, die AfD gewählt zu haben. Dabei spielte es keine Rolle, ob sie Mitglied einer Gewerkschaft waren oder nicht. Der Rechtsruck ist längst in den Betrieben angekommen. In der antifaschistischen Linken wird die betriebliche Realität nahezu vernachlässigt. Selbst die Organisationsbemühungen der neofaschistischen Pseudogewerkschaft Zentrum findet kaum Eingang in antifaschistische Argumentationen. Von den Konflikten mit einer Betriebsgruppe des Zentrums erzählte ein Kollege aus dem VW Motorenwerk in Chemnitz. Die Kolleg:innen im Betriebsrat von VW stehen im Sturmzentrum des Kampfs gegen rechts. Mithilfe des Vereins zur Bewahrung der Demokratie (VBD) der IG Metall erproben die Kollegen methodische Ansätze und Strategien, um organisierten rechten Einfluss in den Betrieben zurück zu drängen. Die Botschaft war klar: Antifaschismus muss sich

auch in den Betrieben bewähren, sonst wird er als gesellschaftliches Projekt scheitern!

Der Abschluss

Zum Ende der Konferenz fassten wir die Workshops kurz zusammen und sammelten in einer Fish-Bowl-Diskussion Impulse von den Kolleg*innen für die programmatische und strukturelle Weiterentwicklung der Linken. Sören Pellmann und Mandy Eißing (beide für die Linke im Bundestag) beteiligten sich an der regen Diskussion und nahmen die Impulse gerne mit. Besonders spannend war die Diskussion, wie parlamentarische Arbeit und betriebliche sowie gewerkschaftliche Arbeit verzahnt werden können. So wurde diskutiert, wie Vollzeitbeschäftigte in Schichtarbeit und mit Familie, ihre Ideen und Perspektiven in die politische Arbeit einbringen können. Welche Rolle kann der Linkspartei zukommen bei der umgekehrten Konversion, wenn Industriebetriebe militärisch umgebaut werden. Einigkeit wurde hergestellt, dass die Linke, nicht nur von außen gegen Rüstung agieren kann, sondern eine Verzahnung mit dem antimilitaristischen Pol innerhalb der Gewerkschaften sinnvoll ist. Im Gespräch äußerten zwei Kollegen aus der Automobilindustrie ihre Sympathien für die Linkspartei. Noch sei man kein Mitglied, aber so wie die Diskussion abgelaufen sei, ist die Übereinstimmung bei 95%. Unser Fazit: Ein guter Schritt in der Überwindung des Grabens zwischen Linkspartei und arbeitender Klasse wurde getan!

Danke!

Großer Dank gilt dem Leipziger Kufeteam und allen Schnippelhilfen, die die Teilnehmenden der Konferenz sehr gut gepflegt haben. Insbesondere Nina, die die Kufa für uns organisiert hat. Die AG Senior*innen der Leipziger Linken hat köstliche Kuchen für uns gebacken. Auch dafür ein ganz großes Dankeschön! Wir haben uns sehr gefreut eine Kinderbetreuung anbieten zu können. Vielen Dank an die lieben Genoss*innen Lilli, Julia und Trong, die sich über 8 Stunden um bis zu sieben Kinder gekümmert haben. Ihr habt uns damit sehr geholfen. Vielen Dank auch an Sören Pellmann dafür, dass er sein Büro für die Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt hat. Zum wiederholten Male hat unser Leipziger Stadtverband gezeigt, dass wir zusammen großartige Dinge umsetzen können.

Und zum Schluss ein einen großen Dank an das Orgateam der Konferenz. Volker Hinck (RosaLux Thüringen), Steven Hummel (RosaLux Sachsen), Jenny Rotter (IGM Nordhausen, LAG B&G Thüringen), Jan Rottenbach (IGM Bezirk Mitte, AG B&G Leipzig), Florian Landes (VK-Leitung und Vorsitzender Gesamtauszubildendenvertretung Carl Zeiss Jena). Es hat großen Spaß gemacht mit Euch zu arbeiten. Niemals allein, immer gemeinsam!



Neues Jahr – neue Grundsicherung?

AG Soziales Mit der Herausgabe des Referentenentwurfs zur Reform des zweiten Sozialgesetzbuchs (SGB II) im November 2025 haben die vielseitig vagen Vorstellungen und öffentlichkeitswirksamen Aussagen seitens der Bundesregierung ein konkretes Bild gezeichnet. Zahlreiche Organisationen sowie Sozialverbände haben sich intensiv mit dem Gesetzentwurf beschäftigt — so auch wir, die AG Soziales.

Unsere Ausarbeitungen nutzten wir für eine 24-tägige Social Media Aktion, welche in Form eines Adventskalenders Ende 2025 von uns veröffentlicht wurde. Unsere Erkenntnisse zeigen eine finstere Zukunft, die Millionen Menschen im Bundesgebiet betreffen werden und nicht nur für Leistungsberechtigte eine elementare Verschlechterung ihrer Lebensrealität bedeutet.

Das Gesetzesvorhaben bringt:

- härtere Sanktionen
- neue Verpflichtungsverwaltungsakte bei Terminversäumnissen
- Aufweichungen der Zumutbarkeitsregeln für Jobs, insbesondere für Eltern mit Kind(ern) nach dem 1. Lebensjahr
- die Abkehr vom Grundsatz der Bedarfsgerechtigkeit bis hin zur möglichen Obdachlosigkeit per Gesetz
- Verstärkung der Marktmechanismen zur Ausbeutung
- weitere Aushebelung der Rechte von Arbeitnehmer*innen auf Kosten von armutsfesten Löhnen

Wir werden in diesem Artikel nicht auf alle Maßnahmen eingehen können, aber möchten euch insbesondere darüber aufklären, weshalb dieses Vorhaben ein klassenpolitischer Angriff auf alle Lohn- und Erwerbsabhängigen ist.

Sozialstaat unter Druck:

Die Reform des Bürgergelds zur sogenannten „neuen Grundsicherung“, stellt eine Demontage des Sozialstaats dar. Der Kabinettsbeschluss der Koalition aus SPD und CDU markiert den vorläufigen Höhepunkt einer seit Jahren geführten Umverteilungsdebatte auf dem Rücken derjenigen, die ohnehin am wenigsten haben. Mit dieser Debatte werden seit Jahren Arbeitnehmende und Leistungsberechtigte in Konkurrenz um knappe Ressourcen gebracht. Die damit mehrjährig befeuerte Hetzkampagne gegen Leistungsberechtigte und das Bürgergeld mündet im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU erstmals in der Idee der „neuen Grundsicherung“. Mit dem aktuell vorliegenden Referentenentwurf ist die Tragweite der Neuauflage von Hartz IV in verschärfter Form detailliert erkennbar. In ihrer Essenz ist diese Reform ein Frontalangriff auf Leis-

tungsberechtigte und auf das Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung. Wirtschafts- und sozialpolitische Fehlentscheidungen werden auf Menschen im Leistungsbezug abgewälzt, politisches und staatliches Versagen wird individualisiert, Armut moralisiert.

Dies möchten wir euch anhand dreier Punkte darstellen:

1. Wohnen und das Spiel mit der existenziellen Angst

Mit der „neuen Grundsicherung“ wird das Finden und Unterhalten einer Wohnung gesetzlich neu fokussiert und unterlaufen. Anstatt Wohnen bei Jobverlust würdig zu sichern, stellen aktuelle Regelungen eine existenzielle Gefährdung dar. Wurden im Bürgergeldbezug bislang die Wohnkosten im ersten Jahr des Leistungsbezugs übernommen, zahlt das Jobcenter künftig nur noch das 1,5-fache der örtlichen Angemessenheitsgrenze. Die Differenz muss aus den ohnehin schon viel zu niedrigen Regelsätzen selbst beglichen werden. Zusammen mit der Abschaffung der Vermögens-Karenzzeit wird so schon ab dem ersten Leistungsjahr enormer finanzieller Druck aufgebaut. Dies befördert die Tendenz, dass Hunger und Verzicht von Menschen im Leistungsbezug in Kauf genommen werden, um das Dach über dem Kopf zu sichern.

Weiterhin werden Leistungsberechtigte mit dieser Regelung dazu verpflichtet, eine „angemessene“, also günstigere Wohnung zu suchen und diese Suche dem Jobcenter nachzuweisen. Hinzu kommen auch Sanktionsmöglichkeiten beim Thema Miete: Die im Gesetzentwurf festgeschriebenen Regelungen zu Totalsanktionen betreffen auch die Wohnkosten. Dadurch sind vor allem Menschen mit psychischen Erkrankungen, gesundheitlichen Einschränkungen oder krisenhaften Lebenssituationen akut von Mietrückständen und Obdachlosigkeit bedroht.

Neben der Begrenzung der Unterkunftskosten, den regelmäßigen Leistungskürzungen und -streichungen bei verschiedensten Sanktionierungsanlässen, welche die Suche einer bezahlbaren Wohnung jetzt schon entscheidend beschränken und die Nachfrage gesetzlich beschneiden, geht es auch ans Mark: Die Vermietung! Mit einer Auskunft-, Mitwirkungs- und Nachweispflicht für Vermieter*innen, deren Nicht-Erfüllung eine Ordnungswidrigkeit darstellt und mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro belegt werden kann, wird eine formale Kontaktschuld geschaffen. Vermieter*innen stehen somit einem hohen zeitlichen und bürokratischen Aufwand gegenüber, sollte eine Mietpartei in den Leistungsbezug rutschen. Diese stel-

len dann nicht mehr nur ein Ausfallrisiko dar, sondern werden zur gesetzlichen Anstrengung. So werden sich Vermieter*innen aufgrund des Aufwands und potenzieller Straf-gelder öfter gegen einen Mietvertrag mit Menschen im Leistungsbezug entscheiden und der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum wird für Arbeitssuchende und Leistungsbe-ziehende weiter verschlossen. Zudem führt die formal-künstlich geschaffene Wohn-raumverknappung zu einer Verschärfung der Konkurrenzen zwischen Menschen in prekären Lebenslagen. Dadurch werden in-strumentalisierte Spaltung sowie Armut und Wohnungslosigkeit per Gesetz verankert!

2. Verschiebung der staatlichen Verantwortung in die Kontakt- und Individual-schuld der Armut

Armut wird in vielen Kreisen der Gesellschaft nicht als strukturelles Problem wahrgenommen, sondern als individuelle Schuldfrage. Dieses Narrativ wird durch die „neue Grundsicherung“ noch weiter verstärkt. In den Medien und der Politik wird gerne das Bild der „faulen Arbeitslosen“ geschaffen. Betroffenen wird „Leistungsmissbrauch“ und „fehlende Arbeitsmoral“ vorgeworfen, während tatsächliche Ursachen von Armut — Niedriglöhne, unsichere Jobs, Bildungs-ungerechtigkeit, Wohnungsnot, Krankheit, Care-Arbeit — unerwähnt bleiben. So wird Armut nicht bekämpft, sondern individualisiert und entpolitisiert.

Anstatt die strukturellen Ursachen von Armut und Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, verschiebt sich der Fokus der Debatte: Es wird zwischen angeblich „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen unterschieden. Diese emotionalisierte und faktenferne Debatte befördert gesellschaftliche Spaltung. Sie spielt mit einem konstruierten Gerechtigkeitsempfinden, höhlt den Sozialstaat weiter aus und schwächt zugleich die Verhandlungsposition aller Erwerbstätigen für bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Menschen, die staatliche Unterstützung benötigen, werden als „Sozialschmarotzer“ stigmatisiert. Trotz der realen Herausforderungen im Alltag vieler Betroffener und Arbeitnehmer*innen werden Regelsätze kleingerechnet. Entsprechend ist eine Vielzahl an Arbeitnehmer*innen für härtere Sanktionen und Kürzungen. Dies zeigt die Wirksamkeit der geführten Umverteilungsdebatte: Legitimiert durch gesellschaftliches Misstrauen, welches Solidarität ersetzt, werden Armuts-betroffene gegeneinander ausgespielt.



Die Wahrscheinlichkeit, dass Arbeitnehmer*innen aktuell in den Leistungsbezug nach SGB II kommen, ist wesentlich höher als Millionär*in zu werden. Dennoch ist Missgunst nach unten, statt Wut nach oben, ein weit verbreitetes Phänomen, das von den tatsächlichen Armutsursachen ablenkt. Die Konsequenzen: Die soziale Ungleichheit wächst und wird zunehmend zu einem Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hinzu kommt, dass mit dem Gesetzesvorhaben aus Mitwirkung eine Bringschuld mit Strafandrohung wird: Alle Bemühungen um Arbeit müssen lückenlos nachgewiesen werden – in der Form und Frist, die das Jobcenter vorgibt.

Mit den bisherigen Regelungen sind Leistungsbeziehende zur Mitwirkung verpflichtet. Sie müssen Tatsachen angeben bzw. offenlegen und nach Aufforderung durch das zuständige Jobcenter Beweise für die Mitwirkung vorlegen. Hierzu zählen auch Nachweise zu u. a. Bewerbungsaktivitäten. Sanktionen bei sogenannten Pflichtverletzungen waren und sind aktuell schon möglich. Ihre Anwendungen stehen seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2019 bereits unter Vorbehalt, insbesondere mit Blick auf das Existenzminimum und die Verhältnismäßigkeit. Wurden Nachweise nachträglich abgegeben, konnte eine Sanktion beendet oder verhindert werden, da die Pflichtverletzung widerlegt wurde und somit der Grund der Sanktion zurückzunehmen ist. Wer nun Nachweise aus gesundheitlichen oder organisatorischen Gründen nicht lückenlos liefert, riskiert Kürzungen bis hin zur Streichung.

Entsprechend bringt die „neue Grundsicherung“ eine Rechenschaftspflicht für Leistungsberechtigte. Damit wird die Frage, weshalb „das Finden eines neuen Jobs“ noch nicht funktioniert hat, an die Betroffenen ausgelagert. So werden systemische Problemlagen, welche die Arbeitslosigkeit bedingen, wie Qualifizierungsdefizite, Bildungsungleichheit und auch branchen- und saisonbedingte Gründe für Stellenabbau individualisiert. Die Gesetzesanpassung ist aber die Manifestierung eines kapitalistisch gewollten Zustands, der staatlich getragen wird und die Verantwortung auf Einzelpersonen abwälzt. Damit erhält die Aussage „wer sich anstrengt, wird belohnt“ eine neue Schärfe und öffnet neue Türen für Herabwürdigungen, Hass und Hetze gegen leistungsberechtigte und arbeitssuchende Menschen.

3. Die Lügen der Regulierung der Arbeitsunwilligen und der Kostenersparnisse

Die „neue Grundsicherung“ wird von der Regierung gerne

als Sparmaßnahme verkauft. Sozialausgaben sollen gekürzt und Leistungsbeziehende zurück in Arbeit gebracht werden. Somit soll das erklärte Ziel die Stärkung der Arbeitsmarktintegration sein und der Sozialleistungsbeitrag reduziert werden, womit hohe Einsparungen an Steuergeldern erfolgen sollen. In diesem Zuge wurde schon vor der Veröffentlichung über die Kürzung der Höhe des Bürgergelds sowie von Einsparungen im zweistelligen Milliardenbereich gesprochen. Wie dies zustande kommen soll, war damals schon unklar bzw. verfassungsrechtlich nicht gedeckt. [1] Doch mit dem Gesetzentwurf wurde eines deutlich: Diese Rechnung geht nicht auf! Laut Prognosen des Bundesministeriums für Arbeit soll mit der Reform in den nächsten zwei Jahren zwar Geld gespart werden, danach werden jedoch Mehrkosten erwartet. Werden die geschätzten Gesamtausgaben der „Grundsicherung“ dagegen gerechnet, bleiben nur unglaublich minimale Ersparnisse übrig — etwa 0,2 % des Gesamtvolumens. Selbst die Bundesregierung rechnet mit keinen nennenswerten Einsparungen.

Außerdem werden Mehrkosten an anderer Stelle erwartet: Dem Verwaltungsapparat! Die erhöhten Kontrollmaßnahmen und Sanktionen erfordern zusätzliche Ausgaben in der Verwaltung. So wird die Bürokratie nicht wie angekündigt entlastet, sondern vergrößert. Weitere Faktoren, die in vielen Prognosen noch gar keine Erwähnung finden, sind zusätzliche Kosten im Gesundheits- und Sozialwesen. Für Armutsbetroffene könnte beispielsweise Mangelernährung für ein Dach über dem Kopf in der individuellen Abwägung zur Wahl stehen, wenn diese über ihr Existenzminimum gedrängt werden.

Die „neue Grundsicherung“ macht das System nicht nur repressiver und ungerechter, sondern auch noch teurer. Was die Regierung als Sparpolitik verkauft, ist am Ende nichts als Symbolpolitik auf den Rücken der Schwächsten. Denn die tatsächlichen Ursachen von Armut können langfristig nur mit der Bekämpfung von strukturellen Ungleichheiten und Investitionen in ein nachhaltiges Sozialsystem gelöst werden. Die Argumentation beginnt im Regelfall damit, dass auf die sogenannten „Totalverweigerer“ und ihren vermeintlichen Unwille zumutbare Arbeit anzunehmen, verwiesen wird. Laut der Bundesagentur für Arbeit lehnen weniger als ein Prozent der erwerbsfähigen Bürgergeldbeziehenden eine Arbeit ohne „triftigen Grund“ ab. [2]

Doch der Gesetzentwurf zeigt eines deutlich: Es geht um die Umsetzung neoliberaler Grundsätze und die Schaffung einer verängstigten Arbeitnehmer*innenschaft, welche gespalten, aber gehorsam ihrer Lohn-tätigkeit nachgeht. In dieses Muster passt ebenfalls das Thema „frühe Integration“. Laut aktuellem Entwurf der „neuen Grund-

sicherung“ soll für Eltern im Leistungsbezug die sogenannte Erwerbsobliegenheit schon ab dem 1. statt dem 3. Lebensjahr des Kindes gelten. Wer die „neue Grundsicherung“ bezieht, soll also zukünftig viel früher arbeiten müssen – obwohl es zu wenig gute Betreuungsplätze gibt, Eltern rechtlich nicht zur Fremdbetreuung gezwungen werden können und ein Rechtsanspruch auf Elternzeit bis zum 3. Geburtstag besteht.

Was heißt das für die Zukunft?

Die „neue Grundsicherung“ soll zum 1. Juli 2026 in Kraft treten. Während die jüngste Demontage des Sozialstaats noch nicht mal in Kraft getreten ist, setzt sich die Herabwürdigung und Diffamierung von Menschen, die auf staatliche Leistungen zur Sicherung ihres Existenzminimums angewiesen sind, unvermindert fort. So äußerte sich jüngst der neugewählte Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Sven Schulze, gleich zu Jahresbeginn zu einer „Dienstpflicht für Sozialhilfeempfänger*innen.“ In diesem Zusammenhang erläutert er, wer von den staatlichen Hilfen profitiert, soll eine (weitere) Gegenleistung erbringen. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf zeigt sich wieder, dass die SPD all ihre Werte für eine Regierungsbeteiligung hinter sich lässt. Die SPD findet mit dieser Reform final zu Gerhard Schröder zurück und trägt zur Verankerung des Satzes „Es gibt kein Recht auf Faulheit“ bei. Der Staat rückt weiter vom Sozialstaatsprinzip ab und fokussiert noch stärker auf arbeitspolitische Instrumente, die die soziale und existenzielle Sicherung an Verpflichtungen knüpft und eher auf Arbeit als Sozialhilfe abzielt.

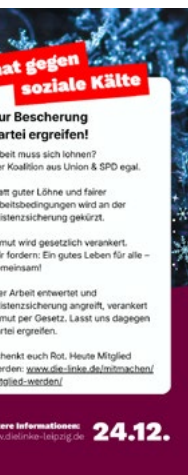
Die neue Grundsicherung ist ein Maßregelungs- und Sanktionsinstrument, welches nicht mehr darauf abzielt, ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern. Armut wird damit gesetzlich verankert, Wohnungslosigkeit billigend in Kauf genommen. Diese Politik bekämpft Armut nicht – sie verfestigt sie. Dass der Gesetzentwurf nochmals an Schärfe verliert, ist unwahrscheinlich. Die SPD hat bereits gezeigt, dass sie bereit ist, die Lohnabhängigen im Land zu verraten, sie gegeneinander auszuspielen und die industrielle Reservearmee stärker gesetzlich zu verankern. Staatstragende Politik um jeden Preis ist das Motto.

Wir können uns in diesem Zusammenhang nicht allein auf die Parlamente verlassen. Es braucht den Druck von unten! Wir müssen im Sinne einer verbindenden Klassenpartei in die arbeitnehmende Bevölkerung sensibilisieren und hineinwirken. Damit wir jetzt laut werden. Lasst uns sagen: Schluss damit! Lasst uns gemeinsam Partei ergreifen. Ein gutes Leben für alle ist möglich – wenn wir es gemeinsam einfordern!

Quellen:

[1] <https://gleft.de/6tY> und <https://gleft.de/6tZ>

[2] <https://gleft.de/6u0>



Vernünftiges Lernen auch in Interimsgebäuden

Siegfried Schlegel Vor der Beschlussfassung im Stadtrat befasste sich dieser in seiner Sitzung am 21. Januar der Stadtbezirksbeirat (SBB) Süd mit der Beschlussvorlage zur Einrichtung einer Außenstelle der Immanuel-Kant-Schule – Gymnasium der Stadt Leipzig – am Standort Paul-Grüner-Straße 50 in Zentrum-Süd. Es ist nunmehr über 60 Jahre her, dass die durch den Krieg beschädigten Obergeschosse des Südflügels der damaligen 4. Polytechnischen Oberschule – dem heutigen Kantgymnasium – in der Scharnhorststraße wieder aufgebaut wurden. Sanierungsarbeiten wurden auch in den Jahren um 2010 im gesamten Schulgebäude durchgeführt. Das Schulgebäude kann nunmehr aber nicht die wachsenden Schülerzahlen bis Anfang der 2030er Jahre aufnehmen. Deshalb ist eine mehrjährige Nutzung einer Außenstelle bis Anfang der 2030er Jahre notwendig. Diese soll in der ehemaligen Dimitroff-Schule, eingerichtet werden. Nach der Wende bis heute wurde dieses Schulgebäude durch das Evangelische Schulzentrum – Petrischule – genutzt. Mitte dieses Jahres zieht die Petrischule in das frisch sanierte Schulgebäude in der Glockenstraße in die ehemalige Georg-Schumann-Schule um. In der Debatte im SBB Süd kam zur Sprache, dass ohne notwendige Instandsetzungs-, Reparatur- und Malerarbeiten ab Herbst Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 und 6 unterrichtet werden sollen. Diese Mängel offenbarte eine Begehung der Schulleitung und Elternvertreter des Kantgymnasiums mit dem Schulverwaltungsamt (SVA) als Schulträger. Dieses Amt ist für die Errichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Leipziger Schulgebäude verantwortlich und trägt die Sachkosten. Die SBB-Mitglieder votierten unter dem Vorbehalt, dass erforderliche Instandhaltung- und Reparaturarbeiten bis zum Beginn des Schulbetriebs in der Außenstelle durchgeführt werden.

Der schulpolitische Sprecher der Stadtratsfraktion Die Linke, Marco Götze, selbst Gymnasiallehrer, verwies in seinem Redebeitrag im Stadtrat am 28. Januar auch auf noch zu lösende schulorganisatorische Probleme, wofür das Land Sachsen zuständig ist. An den OBM, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Kolleginnen und Kollegen, gerichtet, führte er aus: „Wenn Sie aus einer Wohnung ausziehen, dann können Sie die Risse in der Wand aus dem Gedächtnis nachzeichnen, sie haben ihnen vielleicht sogar Namen gegeben, Sie sehen Landkarten im abgeblätternen Putz, Elefanten und Gebirge zeichnen sich in abgeblätternen Farben ab. Mit all diesen Phänomenen der Abnutzung können Sie leben, weil sie die verwohnte Wohnung ja verlassen. Es ist mit Sicherheit eine andere Perspektive, wenn Sie der Riss und der Brö-

ckelputz und der Kellerschimmel als neue Bewohnerin begrüßen und zu ihnen sagen: „Herzlich willkommen“, wir verbringen die nächsten Jahre zusammen. Dann kann man den Mängeln entgegen, Ihr wachst nicht, Ihr bleibt unerheblich, die Verwaltung hat's versprochen. Oder man sagt, es muss was geschehen, bevor man einzieht. Aufklärung sei die Befreiung des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, so sagte Immanuel Kant. Und nun sehen Sie, wohin uns die Kurve trägt: zum geplanten Interim für die kleineren Klassen des Kantgymnasiums in die ehemalige Petrischule.“

Es ist sicher ein sehr lobenswertes Vorhaben der Verwaltung, den Peak der Schülerinnenzahlen an den weiterführenden Schulen kreativ abzufangen und nach Lösungen zu suchen. Der Plan sieht bekanntlich vor, dass Klasse 5 und 6 in Größenordnung von etwa anderthalb Klassen zusätzlich in einer Außenstelle unterrichtet werden. In diesem Zeichen hat man sich im Kantgymnasium zunächst aufgeschlossen gezeigt, die Petrischule, welche in die ehemalige, leider ehemalige Schumannschule zieht, zu beerben und ihr altes Gebäude nachzunutzen. Nun denn, es kam Ernüchterung. Der bauliche, hygienische und optische Zustand wird als mangelhaft betrachtet, die Mängel werden benannt. Dem schließen sich etliche Eltern, im Sinne auch der Stadtbezirksbeirat Süd an. Es ist gestritten worden, inwiefern die Abnutzungserscheinungen des Gebäudes seine Nutzbarkeit oder Sicherheit einschränken. Eines jedoch steht fest: ob es gerade so geht oder nicht, es ist von der Beschaffenheit her derzeit kein wirklich einladender Ort, die ersten Schuljahre an einer weiterführenden Schule zu erleben. Ich sage grundsätzlich auch nicht Gymnasium, weil es völlig egal ist, welche Schulform. Das Vertrauen ist seitens der Schulleitung ganz offensichtlich nicht da, ohne brachiale Thematisierung der Zustände Abhilfe zu erreichen. Von den Trocken-Toiletten über die Bedingungen für das Essen, die Beschaffenheit der Wände, die Nutzbarkeit von Gebäudeteilen, Ort des Sports und der Pausen, etc. Schließlich soll man noch Jahre dort bleiben. Diese Abhilfe, also **möglichst zeitnahe Reparaturen und auch optische Auffrischung** – das ist psychologisch auch nicht ganz unwichtig – werden auch vom Stadtbezirksbeirat Süd angemahnt. Die Tische und Stühle der Petrischule werden wie das restliche Mobiliar vor Ort bleiben. Aber das reicht nicht für eine Außenstelle. Ausstattung und Wartung gehören ebenso dazu wie die Gewährleistung eines rasanten Auszuges und Einzuges. Klasse 5 startet mit Biologie und Geografie, Klasse 6 beginnt mit Physik und Fremdsprachen. Hierfür hat eine brauchte heutige Schulen schon frühzeitig ausgestattete Fachkabinette, wie dies etwa

für Kunst und Werken üblich ist. Ob dies für die Außenstelle gewährleistet werden kann, bleibt ebenso zu hoffen wie die höhere Ausstattung des Gymnasiums mit Personal, HausmeisterIn, SchulsachbearbeiterIn, für Bibliothek, Inklusion und Schulsozialarbeit. Vergessen wir nicht, eine Außenstelle hat auch personaltechnisch extreme Herausforderungen. Lehrkräfte brauchen Zeit für Wege. Viele Fächer bieten nicht genug Stunden über die kleinen Klassen hinweg, um Lehrkräfte in der Außenstelle zu belassen. Ein schwer planbarer Wanderzirkus mit vielen Reibungsverlusten wird die Folge sein. Wenn es wirklich so ist, dass wir dafür die Mittel nicht haben, so sind wir ganz arm dran. Die Fragen stellen sich bei doch vielen Betroffenen: Gab es keine Kapazitätsalternativen von 1,5 Klassen angesichts vieler neuer Schulen? Gab es keine Möglichkeit, die baulichen und ästhetischen Mängel alsbald zu beheben oder zumindest das Signal einer geplanten Behebung dazu zu senden?

Ist das Interim organisatorisch tatsächlich von uns als Schulträgerin und vom Landesamt für Schule und Bildung als Personalträgerin rundum abgesichert oder verschiebt man die Schwierigkeiten auf das Organisationstalent der Schulleitung? Gibt es bei weiterem Fortschreiten von Mängeln einen Plan B, wenn das Gebäude Probleme hat? Warum nutzt man den Leerstand nicht zu einer umfassenden Sanierung und Ertüchtigung? Lässt sich dort gut lernen und ankommen? Alles in allem Zweifel genug, bei allen auch von uns gesehenen guten Absichten, den eingeschlagenen Weg auf diese Weise schweren Herzens abzulehnen. Auch wenn der Weg hier beschossen wird, wir werden dran bleiben und einen Zustand anmahnen, der tragbar ist. Wir hoffen zudem, dass die Verwaltung von selbst die Mittel und Kraft dazu finden möge wie sie das ja an vielen Stellen auch tut. Das wäre natürlich der beste Weg. Deshalb lehnen wir vorerst ab.

Erschreckende soziale Spaltung der Stadtgesellschaft

Rede von Stadtrat Dr. Volker Külow in der Ratsversammlung am 28. Januar 2026

Mit dem neuen Sozialreport begehen wir ein kleines Jubiläum: Es ist die 20. Ausgabe seit dem ersten Erscheinen im Jahr 2004. Unseren herzlichen Glückwunsch! Erneut haben die 11 beteiligten Autorinnen und Autoren auf 200 Seiten eine enorme und sehr wichtige Fleißarbeit geleistet; ihnen allen ein großes Dankeschön an dieser Stelle.

Mit großen Neuerungen bzw. Weiterentwicklungen wartet der neue Sozialreport diesmal nicht auf, aber man kann natürlich nicht jedes Jahr mit Innovationen glänzen.

Nun zu einigen ausgewählten Punkten, die wir für wichtig halten bzw. kritisch sehen. Das Kapitel „Lebensunterhalt“ ist aus unserer Sicht erneut die statistische Achillesferse des Reports. Warum? Wieder beruhen hier alle Schlussfolgerungen insbesondere zur Einkommensarmut und Einkommensunterschiede nur auf den Ergebnissen der Kommunalen Bürgerumfrage (KBU), was wir seit Jahren monieren. Auch diesmal gibt es nach unserer Auffassung Fehlinterpretationen, wenn z.B. bei den einkommensschwächsten 20 Prozent und den einkommensstärksten 20 Prozent nicht die sinkenden Realeinkommen, sondern die steigenden Nominaleinkommen miteinander verglichen werden.

Ich wiederhole daher unsere Forderung der letzten beiden Jahre: Wir brauchen in Leipzig endlich eine solide Einkommensverteilungsanalyse. Ich hoffe sehr, dass jetzt, nach der dritten Mahnung die Verwaltung endlich aktiv wird.

Welche sozialen Entwicklungen sind aus unserer Sicht besonders bedenklich? Ich will diese zumindest stichwortartig benennen. Thema Wohnen: Hier wird die Lage immer bedrohlicher. Das manifestiert sich in für uns alle sichtbarer Form vor allem in der dramatisch steigenden Obdachlosigkeit: Von 2019 bis 2024 hat sich die durchschnittliche Zahl der Obdachlosen, die täglich in Notunterkünften übernachten müssen, von 237 auf 519 mehr als verdoppelt.

Woran das liegt? U.a. daran, dass vom Leipziger Wohnungsbestand in Höhe von 361.925 Wohnungen nur noch lediglich 0,5% miet- und belegungsgebunden (1.787 Wohnungen) sind. Weitere bedrückende Zahlen: Die Mietbelastungsquote der 20 Prozent einkommensschwächsten Haushalte liegt bei 43 Prozent und damit gelten sie als überbelastet. Angesichts einer Inflation von 24 Prozent in den Jahren 2020-2024 muss der

Sozialreport konstatieren, dass für diese Bevölkerungsgruppe „reale Einkommensrückgänge“ stattgefunden haben (S. 37). Diese fatale Entwicklung gilt leider auch für eine noch größere Bevölkerungsgruppe, nämlich die Rentnerinnen und Rentner (siehe Diagramm).

Ein weiterer Skandal ist, dass die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen deutlich angestiegen ist. Lag sie 2019 noch bei 280 Euro betrug sie 2024 schon 370 Euro, das ist eine Steigerung um rund 30 Prozent.

Schaut man sich diese und andere Zahlen an, wundert man sich nicht, dass die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2024 auf Basis des Bundesmedian – er definiert die Armutsschwelle bei 1.381 Euro - in unserer Stadt bei 26 Prozent lag. In der vorliegenden Form spiegeln diese und andere Zahlen, die von mir per Ratsanfragen in den letzten Monaten ermittelt wurden, einen erschreckenden Befund für die tiefgreifende soziale Spaltung der Leipziger Stadtgesellschaft wider. Für die Linksfraktion wird die Armutsbekämpfung daher auf allen politischen Ebenen weiterhin ein Eckpfeiler ihres politischen Handelns sein.

Das ist allerdings schwierig, da die Bundes-

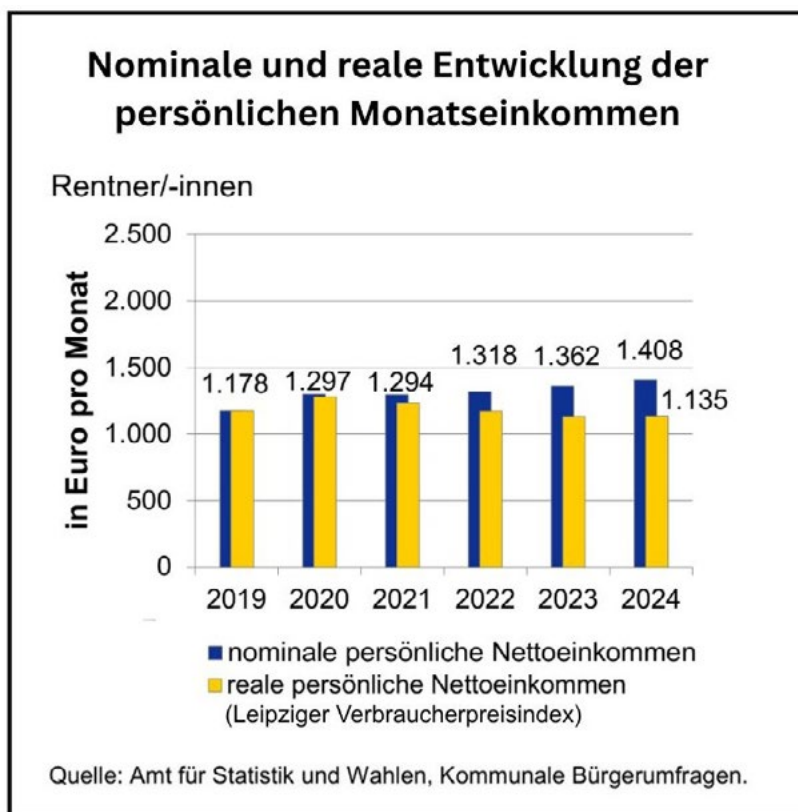
regierung geradezu verbissen weiterhin in die falsche Richtung steuert. Oberbürgermeister Burkhard Jung hat in der Welt am Sonntag vom 18. Januar 2026 [1] als Präsident des Deutschen Städtetages in einem Grundsatzartikel zu Recht kritisiert: „Die Kommunen in Deutschland erhielten nur ein Siebtel aller staatlichen Einnahmen, seien aber zugleich verantwortlich für ein Viertel der Leistungen.“ Ob dieses Missverhältnis mit der jetzt von schwarz-rot lautstark angekündigten, eher technokratischen Sozialstaatsreform aufgehoben wird, bezweifeln wir allerdings.

Wenn sich hier nichts gravierend zum Positiven ändert, düngt Berlin damit faktisch den Boden für den weiteren Aufstieg des Rechtsextremismus. Jung hat am Schluss seines Artikels das Menetekel bildhaft beschrieben: Jede Schließung einer kommunalen Einrichtung „nagt an der Akzeptanz der Demokratie wie Hitze und Wasser an den Felsen der Wüste. Irgendwann zerfallen sie zu Sand.“

Bis auf eine Fraktion hier im Saal eint uns hoffentlich die Überzeugung, dass es dazu nicht kommen darf!

Quellen:

[1] <https://left.de/6u1>



Bildquelle: https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/025_Jugend_Soziales_Gesundheit_Schule/51_Amt_fuer_Jugend_Familie_und_Bildung/Veroeffentlichungen/Produktionen/Sozialreport_2025.pdf
 zur Verständlichkeit angepasst

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen am 17. Dezember 2025

Aktuelle Stunde zur Aussetzung beschlossener HH-Anträge

Auf Antrag der Fraktionen CDU, Die Linke, Bündnis 90/Grüne und SPD führte der Stadtrat eine Aktuelle Stunde zur einseitigen Aussetzung beschlossener HH-Anträge oder Anträgen mit Auswirkungen auf den städtischen Haushalt durch die Verwaltung durch. In der Debatte wurde nochmals herausgearbeitet, dass auch in Notlagen Änderungen von Stadtratsbeschlüssen nur durch diesen beschlossen werden können.

Pilotquartier für Wärmewende in Leipzig auf den Weg gebracht

Durch drei - mit knappen Mehrheiten beschlossene - Vorlagen wurde die Wärmewende für Leipzig auf den Weg gebracht. So wie auch in anderen Kommunen in der BRD wurde für die Stadt Leipzig die kommunale Wärmeplanung beschlossen. Der beschlossene erste Entwurf für das Pilotgebiet Südvorstadt-West ist Grundlage für das öffentliche Teilnahmeverfahren. Es erstreckt sich westlich der Karl-Liebknecht-Straße zwischen Südplatz und Richard-Lehmann-Straße. Um die Planung und die darauf folgende Umgestaltung der städtischen Straßenfreiräume und den Bau der unterirdischen Wärmeleitungen unter Einbeziehung der Anlieger zu koordinieren, wurde

die Gründung einer kommunalen Leipziger Quartiersentwicklungsgesellschaft (LQEG) beschlossen, die auch die Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen soll. Die Fraktion Die Linke beabsichtigt am 9. März ab 18:30 Uhr im Kantgymnasium in der Scharnhorststraße ein Bürgerforum zu organisieren. Dazu wird auch der Bürgermeister Heiko Rosenthal eingeladen.

Konzeptverfahren zum Areal Matthäikirchhof

Durch Mehrheitsentscheidungen des Stadtrates wird ein Konzeptverfahren zum Verkauf eines Solitärgrundstücks auf dem Areal Matthäikirchhof durchgeführt. Die Linksfraktion hatte alternativ zum Verkauf eine Übertragung in Erbpacht vorgeschlagen. Die LWB wird als Bestandhalter Wohnungen, davon 50% mit Sozialbindung, errichten. Gleichzeitig wurde das Entwicklungskonzept zur Umsetzung des Ergebnisses des städtebaulichen Wettbewerbsverfahrens beschlossen.

Anteilige Rückzahlung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet Gohlis

Einstimmig beschloss der Stadtrat die anteilige Rückzahlung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet Leipzig-Gohlis an Bund und Freistaat, die neben der Stadt

Leipzig Fördermittel für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen finanziert hatten. Hingegen wurden in anderen Leipziger Sanierungsgebieten, wie dem ersten Gebiet Connewitz-Biedermannstraße, eingenommene Ausgleichbeiträge der Grundstückseigentümer für den grundhaften Ausbau von Wohngebietsstraßen und der Gestaltung attraktiver Freiflächen wieder eingesetzt. Diese Maßnahmen müssen aber bis zur Aufhebung des jeweiligen Sanierungsgebietes abgeschlossen sein. Außerdem ist zu beachten, dass wegen der zu zahlenden Sanierungsausgleichsbeträge die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke keine Beiträge für den grundhaften Straßenausbau zu bezahlen haben.

Sicherung Familienschulzentren in freier Trägerschaft

In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes wurde der Antrag des Jugendhilfeausschusses zur Sicherung der Familienschulzentren in freier Trägerschaft beschlossen. Dafür sollen auch öffentliche Diskussionen organisiert werden.

Schulbau im mittleren Standard

Einstimmig beschloss der Stadtrat in der Fassung des Verwaltungsstandpunktes den Antrag der CDU-Fraktion beim Neubau und

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Januar 2026

Sozialreport 2025

Der Stadtrat nahm den Sozialreport 2025 zur Kenntnis. In der Debatte nahmen neben Oberbürgermeister Burkard Jung auch Katharina Krefft von Bündnis90/Grüne und Vorsitzende des Sozialausschusses sowie Volker Külow, Sozialpolitischer Sprecher der Die Linke das Wort. Stadträtin Krefft verwies darauf, dass ca. 80% der in Leipzig Wohnenden Mieter sind und überwiegend in 3- bzw. 4-Raum-Wohnungen wohnen. Ca. 60.000 Haushalte wollen umziehen. Besonders Haushalte von Seniorinnen und Senioren wollen Wohnkosten sparen und in kleinere Wohnungen ziehen, die so frei würden für Haushalte mit Kindern.

Wiederholt wurde auch im Stadtrat, aber auch im Seniorenbeirat darauf verwiesen, dass durch die Möglichkeit des Neuvermietungszuschlages von bis zu 50% keine Spareffekte eintreten und sie deshalb in ihren großen Wohnungen quasi gefangen sind. Dabei haben viele Seniorinnen- und Seniorenhaushalte ein Einkommen unter der Einkommensgrenze von 1.381 Euro und sind

deshalb Bürgergeldbezieher. 59% des städtischen Haushaltes werden für sozialpolitische Maßnahmen ausgegeben. Nur knapp die Hälfte der städtischen Sozialleistungen wird durch Zuweisungen durch den Bund ausgeglichen. Im Schnitt sind täglich 296 Personen in Gewährleistungswohnungen untergebracht.

Beschlüsse zu Schulen

Der Stadtrat fasste Umzugsbeschlüsse für die Wilhelm-Busch-Schule an den Standort Reichpietschstraße 2, die Schule Georg-Schwarz-Straße an den Standort Uhlandstraße 28 sowie die Petrischule an den sanierten Schulstandort Glockenstraße. Stattdessen wird in der bisherigen Petrischule eine Außenstelle des überfüllten Kantgymnasiums eingerichtet (siehe den Artikel „Vernünftiges Lernen in Interimsgebäuden“ in dieser Ausgabe).

Der Berufsschulstandort Dachsstraße wird durch Zusammenlegung mit der Henriette-Goldschmidt-Schule mit über 100-jähriger Tradition Außenstelle.

Nachtrag zum Städtebaulichen Vertrag Freiladebahnhof Eutritzsch

Ein zähes Ringen gab es im Stadtrat um die Beschlussfassung für den 1. Nachtrag zum Städtebaulichen Vertrag Freiladebahnhof Eutritzsch. Nach 10 Jahren Planung und Verhandlungen besteht Hoffnung, dass es mit dem Bau des Wohnungsbaustandortes, darunter auch ein städtischer Schulstandort, endlich losgeht. Für diese Grundstücke werden die bereits 2023 verhandelten Bodenpreise gezahlt.

Es sollen 30% sozialgebundene Wohnungen errichtet werden. Einigkeit gibt es bereits darüber, dass der Investor für den ersten Bauabschnitt die stadttechnische Erschließung realisiert. Wegen offener Fragen gab es einen Antrag auf Vertagung, der abgelehnt wurde. Angemahnt wurde durch die Vorsitzende des Planungs- und Bauausschusses Dr. Sabine Heymann die zugesagte breite Bürgerbeteiligung mit Workshop und städtebaulicher Werkstatt. Baubürgermeister Dienberg erklärte, dass man noch nie so nah an der Umsetzung der Planung war.

der Sanierung von Schulen mittlere Standards anzuwenden. Gemäß dem Vorschlag der Verwaltung wurde beschlossen, dass zur Festsetzung der Planungsziele für die einzelnen Bauvorhaben auch Vertreter des Stadtrates einbezogen werden. Die Stadträtinnen und Stadträte aus mehreren Fraktionen erwarten, dass diese Maßnahmen nicht zu Lasten der Qualität des Schulunterrichtes und -betriebs gehen dürfen.

Neue Hundesteuersatzung beschlossen

Nach erneuter Beratung in den Stadtratsgremien beschloss der Stadtrat eine neue Hundesteuersatzung als Kompromissvorschlag. Danach beträgt die Hundesteuer 150 Euro je Hund. Leipzig-Pass-Inhaber können eine Ermäßigung für den ersten Hund beantragen. Wer seinen Hund freiwillig chippen lässt, kann ebenfalls eine Steuerermäßigung beantragen. Hunde, die aus dem Leipziger Tierheim Breitenfeld erworben werden, können für die Dauer von 6 Monaten von der Steuer befreit werden. Ebenfalls werden auf Antrag weitere Steuerbefreiungen für Assis-

tenzhunde (zum Beispiel Blindenführhunde) und Rettungshunde mit entsprechendem Ausbildungs-, Prüfungs- und/ oder Dienstnachweis gewährt. Hingegen gibt es keine Befreiung von der Hundesteuer für Rentnerinnen und Rentner.

Gedenken an William Zipperer

Mitglieder des Petitionsausschusses hatten einen Antrag zur Erneuerung der Gedenktafel zum Andenken an William Zipperer gestellt, der Anfang 1945 wie auch Mitglieder der KPD-Widerstandsgruppe um Georg Schumann in Dresden hingerichtet worden war. Digital und physisch soll auch an den Widerstandskampf der ganzen Gruppe erinnert werden. Der Antrag wurde ohne Gegenstimmen bei 12 Enthaltungen beschlossen.

Fraktionsanfragen

Die CDU- und die Linksfraktion hatten Anfragen zur zuverlässigen Organisation des Bürgerservice nach der Schließung der Bürgerbüros Südwest-Zentrum, Böhlitz-Ehrenberg und in der Stötteritzer Straße gestellt.

Dabei wurde kritisch das Fehlen von Transparenz, Alternativen und Bürgerbeteiligung angemerkt. Die Linke erwartet außerdem, dass jede Bürgerleistung künftig auch analog angeboten wird.

Unverständnis zu AfD-Anfrage

Stadtrat Ulbrich sinnierte zur Anfrage der AfD-Fraktion über „Penis-Darstellungen“ gegenüber Minderjährigen im Schauspielhaus und erntete verstörtes und allgemeines Unverständnis. Dabei handelte es sich um eine Kostümierung im Rahmen der Aufführungen des Märchens „Des Kaisers neue Kleider“ von Hans Christian Andersen. Als bekanntester Dichter Dänemarks sind seine Märchen seit über 150 Jahren weltbekannt. Bei uns bekannt sind auch die Märchen Däumelinchen, Die kleine Meerjungfrau, Die Schneekönigin, Prinzessin auf der Erbse, Das hässliche Entlein oder Der standhafte Zinnsoldat.

21. September wird künftig jedes Jahr Friedenstag

In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes wurde mit großer Mehrheit – bei Gegenstimmen aus der CDU-Fraktion – der Antrag der Linksfraktion beschlossen, jährlich neben dem Weltfriedenstag am 1. September dem Tag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen mit Beginn des 2. Weltkriegs auch den UN-Weltfriedenstag als Verpflichtung für Frieden und Völkerverständigung zu begehen. Seit Anfang der 1950er Jahre wurde der 1. September in der DDR als Tag des Friedens begangen. In der BRD wurde der 1. September 1957 erstmals von Gewerkschaften und Friedensinitiativen als Antikriegstag begangen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloss am 30.11.1981 den 3. Dienstag im September als Internationalen Tag des Friedens zu benennen. Seit 2001 wird gemäß der Resolution 55/282 immer am 21. September dem Geburtstag von Mahatma Gandhi, dem Vorkämpfer für Gewaltlosigkeit als „annual day of non-violence and

cease-fire“ begangen. Ein Änderungsantrag auf den 1. zugunsten des 21. September zu verzichten, fand keine Mehrheit.

Anträge von Fraktionen beschlossen

Der Antrag der SPD-Fraktion „Wer Olympia will, muss Breitensport-Events besser unterstützen“ fand eine breite Mehrheit. Dies signalisiert, dass Sport in Leipzig durch Spitzen- und Breitensport gelebt wird. Eine gemeinsame Olympiabewerbung mit anderen Städten vor und nach Olympia wie bei der Bewerbung für Olympia 2012 wirkt nachhaltig. So verfügt Leipzig eine reich- und vielfältige Sportstätten-Infrastruktur, die nachhaltig genutzt und entwickelt wird. In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes wurde mit großer Mehrheit der Antrag Kulturstätten und Veranstaltungsräume vor rechtem Missbrauch schützen von Bündnis 90/Grüne beschlossen. Einstimmig beschlossen wurde der SPD-Antrag Die Villa Davignon in der Friedrich-Ebert-Straße als sicheren Ort für Gehörlose und Hörgeschädigte erhalten und weiterentwickeln. Eine breite Mehrheit erhielt auch der SPD-Antrag

„Eltern entlasten, pädagogisches Personal stärken – Springerpools für Hort- und für Kita-Personal einsetzen und dauerhaft etablieren“, was es ansatzweise bereits gibt.

Die BSW-Fraktion beehrte sofort und verbindlich den Naturberg Seehausen ausschließlich so zu nutzen und auf die vorgesehenen Photovoltaikanlagen zu verzichten. Beschlossen wurde der Änderungsantrag der CDU weitere Untersuchungen vorzunehmen und nach Vorlage von Gutachten erneut zu entscheiden. Eine Mehrheit erhielt der AfD-Antrag für Blumenampeln an Straßenleuchten, die Privatpersonen in Beschaffung und Pflege sponsern sollen. Dabei wurde außer Acht gelassen, in wie weit eine breite Ausleuchtung des Straßenraumes eingeschränkt wird. Außerdem sind nicht wenige Leuchtentrassen ein wichtiges Element der Stadtgestaltung. Abgelehnt wurde der AfD-Antrag zur Einführung von „Brötchentasten“ die halbstündiges Kurzzeitparken ermöglichen soll.

Bildteppiche - verstaubt und langweilig?

Daniel Merbitz Kritikers Notizbuch

Bildteppiche sind ungefähr so sexy wie die Sammeltassen im Kunstgewerbemuseum. Verstaubte, dunkle, riesige Bettvorleger an der Museumswand, am besten noch mit Rittern und Burgfräuleins. So die gängigen Vorurteile, die allerdings im Leipziger Museum der bildenden Künste grandios und endgültig widerlegt werden. Die große Sonderausstellung „Welt aus Fäden. Bildteppiche der Moderne“, die noch bis zum 12. April 2026 zu sehen ist, bespielt alle Ebenen des Hauses. Mein Tipp: Im Keller anfangen mit dem Einführungsfilm im Mini-Kino und den großen, mit einem vorzüglichen sanften Lichtkonzept ausgestatteten Ausstellungsräumen, dann mit dem Aufzug ganz nach oben und dann Etage für Etage runterarbeiten.

Der sehr lehrreiche Film „The Art of Making a Tapestry“ [1], der für die Bildteppich-Ausstellung „Woven Gold: Tapestries of Louis XIV“ in Los Angeles im Jahr 2016 vom Getty Center produziert wurde, zeigt die aufwendige und langwierige Arbeit in den Werkstätten der französischen Teppichweberei. Der französische Staat, vertreten durch das „Mobilier national“, gönnt sich zum Glück noch zwei renommierte Webereien: die Manufacture nationale des Gobelins in Paris und die Manufacture de Beauvais. Hier werden die Farben für die Fäden noch selbst aus Pigmenten angemischt und auf riesigen Webstühlen entstehen dann mit Fleiß, Geduld und Fingerfertigkeit der Weberinnen die Bildteppiche. Vom Entwurf bis zum fertigen Teppich dauert es oft viele Jahre. An manchen der in Leipzig ausgestellten Kunstwerke wurde sieben Jahre gewebt. Der lange Prozess der Entstehung lehrt Demut. Großzügige Leihgaben, fast alle vom Mobilier national in Paris, ermöglichen diese Ausstellung, denn alles, was in Leipzig zu sehen ist, verlässt die Stadt nach Ausstellungsende wieder. Also unbedingt ins Museum gehen! Oder danach mit dem Taxi nach Paris...

Ein gebürtiger Leipziger - mit einem turbulenten Leben - ist auch in der Ausstellung vertreten: Hans Hartung (1904-1989): „Panneau n° 1 / Tafel Nr. 1“ (1962) nebst Entwurf (1961), einer kleinen Lithographie. Es ist überhaupt sehr lobenswert, dass bei einigen Bildteppichen auch der dazugehörige Entwurf, mal ein Foto, eine Zeichnung, ein Fax (!), ein Druck oder ein Gemälde präsentiert wird. Diese Schrittfolge nachzuverfolgen ist unendlich wertvoll. Es gibt auch Webproben zu sehen, so wie es Probedrucke beim Holzschnitt gibt. Einige Bildteppiche werden auf Holzgerüste aufgespannt, so dass man auch die Rückseite sehen kann und es optisch wie ein Webstuhl wirkt. Willi Sitte ist mit dem Bildteppich „Ikarus“ (1957/58)

vertreten. Als Leiter der Fachklasse Textil an der Hochschule für industrielle Formgestaltung auf der Burg Giebichenstein hatte Willi Sitte das Ziel, eine Hochweberei nach dem Vorbild der Ateliers im französischen Aubusson aufzubauen, die dann auch 1961 eröffnet und an den VEB HAWEBA (Halle-sche Werkstätten für Webereierzeugnisse) angegliedert wurde.

Ich habe drei Favoriten in der Ausstellung. Erstens: Die „Hommage à Johannes R. Becher“ (1972/73) von Ursula Mattheuer-Neustädt. Wer ihre filigranen Kugelschreiberzeichnungen kennt, wird erstaunt sein, wie farbenfroh dieser Bildteppich daherkommt. Zweitens: Das „Urteil des Paris 2“ (2013) von Margret Eicher, eine Medientapisserie, digitale Montage, auf Jacquard-Gewebe, die in unmittelbarer Nachbarschaft zum gleichnamigen Werk von Max Klinger gezeigt wird. Die Mädchen von François Boucher treffen auf Madonna, Lady Gaga und Lara Croft. Sehr schön! Drittens: „Tagebuch“ (2018) von Tania Mouraud. Die 1942 in Paris geborene Künstlerin zeigt 80 Standbilder aus 28 im ganzen Jahr 2006 mit dem Handy aufgenommenen Videos. Hier trifft die schnelle Instagram-Welt auf die gewebte Ewigkeit. Ein philosophischer Kommentar zur Foto-Flut. Fun Fact: Die Rückseite mit den Fäden wirkt von Ferne wie ein abstraktes Kunstwerk.

Kunsthistorischer Höhepunkt ist der monumentale, barocke Gobelin aus dem Besitz Ludwigs XIV., der nach dem Entwurf des Hofkünstlers Charles Le Brun (1619-1690) entstanden ist: „Oktober: Die Tuileries“ (aus der Serie der Monate oder der Königlichen Residenzen, vor 1680 entstanden). Charles

Margret Eicher: „Das Urteil des Paris 2“, 2013, Courtesy Galerie Michael Janssen, Ausstellungsansicht MdBK. Foto: Alexander Schmidt/PUNCTUM, © Künstlerin / PR MdBK



Le Brun hatte von 1663 bis 1690 die Leitung der berühmten königlichen Gobelin-Manufaktur inne. Ja und für alle, die die ganz großen Namen der klassischen Moderne suchen, auch da wird man in Leipzig bei der Teppich-Ausstellung fündig: Henri Matisse, Fernand Léger, Wassily Kandinsky, Max Ernst, Le Corbusier (ja, der Architekt!), Joan Miró und Pablo Picasso. Und wer sich selbst mit einbringen will: Vom „Faden Atelier“ über „Millefleurs. Ein Teil von mir sprießt“ kann mitgestaltet, gehäkelt und gewebt werden. Eine Einladung an die Stadtgesellschaft. Fazit: Bildteppiche sind weder verstaubt noch langweilig! Das Museum der bildenden Künste in Leipzig lädt uns ein, die Welt aus Fäden zu bereisen.

Quellen:

[1] <https://gleft.de/6tX>



Tania Mouraud: „Diary“, Ausführung 2018, Mobilier national, Paris, Inv.-Nr. BV 524. Foto: Isabelle Bideau © VG Bild-Kunst, Bonn 2025 / PR MdBK

Über sieben Brücken...

Dr. Volker Külöw Ehrung für Helmut Richter

Die Initiative „Künstlerspur Leipzig“ wurde 2023 auf Initiative von Dagmar Winklhofer-Bülow und Dr. Helmut Markov gegründet. Sie widmet sich Künstlerinnen und Künstlern, die Leipzig ab 1945 in den Jahren der DDR geprägt haben – voller Hoffnung auf eine bessere Welt nach dem 2. Weltkrieg. Mit zahlreichen Veranstaltungen, Führungen, Diskussionen und Erinnerungstafeln an den einstigen Wohnorten der prominenten Akteure hat die Anregung seit ihrer Gründung schon vielfältige Akzente gesetzt, oftmals im engen Zusammenwirken mit Rosas Salon im Felsenkeller: u. a. wurde im letzten Jahr anlässlich runder Geburtstage an Leben und Werk von Gerhard Zwerenz (1925-2015), Edgar Külöw (1925-2012) und Max Schwimmer (1896-1960) erinnert.

Manchmal ist es auch kein Jubiläumsgedächtnistag, der zum Anlass einer Würdigung genutzt wird. Am 24. November 2025 wurde anlässlich des 99. Geburtstages von Werner Heiduczek (1926-2019) für den bekannten Leipziger Schriftsteller („Tod am Meer“) am Haus seines ehemaligen Wohnorts Körnerplatz 2 eine Gedenktafel enthüllt. Die älteste aktive Journalistin in Sachsen und frühere Lebensgefährtin des Autors Traudel Thalheim trat dabei ebenso auf wie Clemens Meyer, der von Heiduczek früh gefördert worden war.

Die jüngste Ehrung eines Leipziger Künstlers fand am 23. Januar statt, trotz klirrender Kälte von Nils Knappik in bewährter Weise

technisch abgesichert. Weit über 100 ehemalige Freunde, Weggefährten und Bekannte Helmut Richters (1933-2019) hatten sich neben seiner Frau Brigitte und Tochter Tina anlässlich der Einweihung einer Gedenktafel im Innenhof der Schorlemmerstraße 4 in Gohlis versammelt. Hier wohnte viele Jahre der Dichter des berühmten Karat-Hits „Über sieben Brücken musst du gehen“.

Wer weiß aber schon noch, wann und warum das Lied entstand? Der Leipziger Schriftsteller Ralph Grüneberger hat ein Buch über seinen Freund und Kollegen Helmut Richter geschrieben und in der Gedenkveranstaltung an die Entstehungsbedingungen des legendären Textes erinnert. Anfang der 1970er Jahre hatte der junge Absolvent des weltweit einmaligen Leipziger Literaturinstituts „Johannes R. Becher“ den Auftrag erhalten, mittels einer Reportage den Aufbau des Kraftwerkes Thierbach im Bezirk Leipzig, dem dann größten Kohle-Kraftwerk der DDR, zu beschreiben. Damit etablierte sich Richter als freier Schriftsteller. 1975 schrieb er eine Liebesgeschichte, die von einer unglücklichen Liebesgeschichte zwischen einem Polen und einer Deutschen handelte. Ein Jahr später wurde die Story vom Fernsehen der DDR aufgekauft. Für den 1978 entstandenen Film „Über sieben Brücken musst du gehen“ schrieb Richter nicht nur das Szenarium, sondern auch das Titellied, das von Ulrich Ed Swillms vertont wurde, damals Keyboarder und Hauptkomponist der Gruppe Karat. 1980 besuchte Peter Maffay

Karat bei einem Konzert in Wiesbaden und erhielt die Erlaubnis, eine neu arrangierte Version des Liedes zu produzieren. Damit trat der Titel seine internationale Karriere an...

Helmut Richter war aber viel mehr als der Dichter eines berühmten Liedes. Ab 1970 leitete er als Nachfolger von Georg Maurer das Lyrikseminar am Literaturinstitut, das er dann als Leiter 1990 vor der schon beschlossenen Abwicklung couragiert rettete. Schon acht Jahre zuvor war ihm ein echtes Husarenstück geglückt, wie Bernd Weinkauff in der Gedenkveranstaltung erzählte: in seiner Funktion als Vorsitzender des Schriftstellerverbandes im Bezirk Leipzig holte er 1981 Vertreter der Stadtverwaltung, der Kunsthochschulen, der Künstlerverbände, der Museen und auch des VEB Interdruck an einen Tisch und legte ihnen seine Konzeption zur Gründung einer Kulturzeitschrift dar. Ihr Name: „Leipziger Blätter“. Ihr Erscheinungszyklus: zwei Mal im Jahr, jeweils zu den Leipziger Messen im Frühjahr und Herbst. Ihr Charakter: lesbar geschriebene, illustrierte und möglichst auch grafisch gestaltete Beiträge zu allen Aspekten der Stadtgeschichte und Stadtkultur. Das kühne Manöver gelang und beginnend mit 1982 sind die Leipziger Blätter bis heute aus dem geistigen Leben unserer Stadt nicht wegzudenken und bilden inzwischen ein beliebtes Sammlerobjekt nicht nur für Leipzig-Fans.



Über sieben Brücken musst du gehen
*Manchmal geh ich meine Straße ohne Blick,
 manchmal wünsch ich mir mein Schaukelpferd zurück.
 Manchmal bin ich ohne Rast und Ruh,
 manchmal schließ ich alle Türen nach mir zu.*

*Manchmal ist mir kalt und manchmal heiß,
 manchmal weiß ich nicht mehr was ich weiß.
 Manchmal bin ich schon am Morgen müd,
 und dann such ich Trost in einem Lied.*

*Über sieben Brücken musst du gehn,
 sieben dunkle Jahre überstehn,
 siebenmal wirst du die Asche sein,
 aber einmal auch der helle Schein.*

*Manchmal scheint die Uhr des Lebens still zu stehn,
 manchmal scheint man immer nur im Kreis zu gehn.
 Manchmal ist man wie von Fernweh krank,
 manchmal sitzt man still auf einer Bank.*

*Manchmal greift man nach der ganzen Welt,
 manchmal meint man, dass der Glücksstern fällt.
 Manchmal nimmt man, wo man lieber gibt,
 manchmal hasst man das, was man doch liebt.*

Über sieben Brücken musst du gehen ...

Fotos: Volker Külöw



Zwischen Tradition und Trauma

Wolfgang Vallentin Warum das private Böllern keine Zukunft mehr hat

Der Jahreswechsel gilt seit jeher als magischer Moment. Feuer übt auf uns Menschen eine archaische Faszination aus; es steht für Reinigung, für das Verjagen des Alten und das willkommen heißen des Neuen. Doch was einst als vertreibendes Ritual böser Geister begann hat sich in der Moderne zu einer gesundheitlichen und ökologischen Belastungsprobe entwickelt. Die Rufe nach einem Verbot privaten Feuerwerks werden lauter – und das ist auch nicht neu. Auch im künstlerischen Liedermacherebereich wurde das Thema in einer Strophe von Reinhard Meys Song: "In diesem unsrem Lande" schon zu Gehör gebracht:

*"...Denk ich an Deutschland
in der Nacht,*

*dann hör ich wies Silvester
knallt und kracht.*

*Opa Bölke ist jedes Mal
zu Tode erschreckt,*

*sein Bedarf an Knallerei ist durch
zwei Weltkriege gedeckt.*

*Für das Geld, das man dieses
Jahr verballert hat,*

*kriegst du eine Millionen Menschen
einen Tag lang satt. ..."*

Die Argumente für ein Verbot sind so vielfältig wie valide

Die unsichtbare Angst: Wenn der öffentliche Raum zur Tabuzone wird. Während ein Teil der Bevölkerung die „große Freiheit“ am Zündhaufen feiert, bedeutet Silvester für andere den Rückzug in die Isolation. Besonders drei Gruppen leiden massiv unter der unkontrollierten Knallerei:

- **Kleinkinder:** Für die Kleinsten ist der extreme Lärmpegel nicht einzuordnen. Statt Staunen löst das unvorhersehbare Pfeifen und Knallen oft Urängste und nächtelange Schlafstörungen aus.
- **Ältere Menschen:** Viele Senioren, insbesondere jene, die noch Erinnerungen an Kriegstage in sich tragen, erleben durch die detonationsartigen Geräusche Retraumatisierungen.
- **Blinde und sehbehinderte Menschen:** Diese Gruppe ist im öffentlichen Raum elementar auf ihr Gehör angewiesen. Wenn Orientierungspunkte durch Dauerbeschuss und Hall weggesprengt werden, wird der Gang vor die Tür lebensgefährlich. Die Angst in eine Gruppe von „Böllern“ zu geraten führt dazu, dass viele Betroffene sich bereits Tage vor und nach Silvester nicht mehr auf die Straße trauen.

Ökologischer Fußabdruck: Giftregen und Müllberge

Die Umweltfolgen einer einzigen Nacht sind messbar und verheerend. Wir sprechen hier nicht nur von ästhetischen Problemen, sondern von massiven Eingriffen in unser Ökosystem:

- **Schadstoffbelastung:** Die Verbrennung der Schwarzpulvergemische setzt Feinstaubmengen frei, die in Ballungszentren die Grenzwerte um das Vielfache überschreiten. Diese Partikel sind lungengängig und enthalten oft Schwermetalle wie Strontium oder Barium.
- **Müllberge:** Tonnen von ausgebrannten Batterien, Plastikkappen und Pappresten bleiben auf Straßen und in Grünanlagen liegen. Dieser Müll gelangt über die Kanalisation oft direkt in den Wasserkreislauf oder wird von Tieren gefressen.

Das Tierleid:

Todesangst hinter verschlossenen Türen

Besonders für Hunde und Katzen ist die Zeit um den 31. Dezember eine Qual. Hunde verfügen über ein Gehör, das weitaus feiner ist als das menschliche; für sie ist jeder Böller ein physischer Schmerz. Panikartiges Fliehen, Verweigerung der Nahrung und schwerste Angstzustände sind die Folge. Wildtiere verlieren in ihrer Panik so viel Energie, dass sie den Winter oft nicht überleben.

Medizin am Limit:

Die Kehrseite der Faszination

Die Faszination des Feuers schlägt in den Notaufnahmen schnell in Entsetzen um. Jedes Jahr müssen Ärzte Augenlicht retten, abgerissene Gliedmaßen versorgen oder schwerste Verbrennungen behandeln. In einem Gesundheitssystem, das ohnehin unter Personalmangel leidet, stellt die Silvesternacht eine völlig vermeidbare Zusatzbelastung dar.

Neue Wege:

CO2-Steuer und zentrale Events

Die Akzeptanz für ein Verbot in der Bevölkerung wächst stetig. Um den Übergang zu gestalten, gibt es innovative Vorschläge:

- **Die CO2-Steuer auf Pyrotechnik:** Eine gezielte Abgabe auf Feuerwerkskörper könnte die externen Kosten (Reinigung, medizinische Versorgung, Umweltschäden) internalisieren und den Anreiz zum Massenkauf senken.
- **Zentrale Veranstaltungen:** Die Lösung liegt nicht im Verzicht auf das Spektakel, sondern in der Organisation. Professionelle, kontrollierte Feuerwerke oder Drohnenshows an fest definierten Plätzen in Städten und Dörfern ermöglichen gemeinschaftliches Feiern, ohne die Sicherheit Unbeteiligter zu gefährden.

Andere Länder zeigen uns bereits, dass es möglich ist: In den Niederlanden ist die private Böllerei bereits verboten.

Ein Akt der gesellschaftlichen Rücksichtnahme

Böllern mag eine Tradition sein, doch Traditionen sind kein Freibrief für Rücksichtslosigkeit. Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir den Wert von sauberer Luft, dem Schutz der Schwächsten und dem Tierwohl neu bewerten. Ein Verbot des privaten Feuerwerks ist kein Verlust an Freiheit, sondern ein Gewinn an Lebensqualität für die gesamte Gesellschaft. Es ist Zeit, das neue Jahr mit Respekt und Ruhe zu begrüßen, statt mit Gift und Gewalt.

Und was kann jeder jetzt tun - besonders nach Silvester - solange noch geböllert wird?

Wir als die Linke haben uns beispielsweise am „World cleanup Day“ beteiligt. So wurden besonders auf einem Spielplatz die Überbleibsel privater Feuerwerke beseitigt, von denen manche - eine Gefahr besonders für Kinder, aber auch Hunde - auch noch nicht richtig gezündet hatten. Und ich als Blinder wäre eine Last um die Jahreswende los, nämlich ca. vom 28.12. bis zum 1.1. Angst haben zu müssen, rauszugehen.



Fotos: Privat

Tür für Tür gegen Vonovia-Abzocke

Jessica Herrmann Unsere Kampagne in Leipzig-Süd

Vonovia zockt ab – wir wehren uns

Wohnen wird auch in Leipzig immer mehr zum Armutsrisiko. In nur zehn Jahren sind die Mieten um 68 Prozent gestiegen [1], die Nebenkosten gleich mit. Für viele Menschen bleibt nach Abzug von Miete und Heizkosten kaum noch Geld zum Leben. Eine aktuelle Studie zeigt, wie dramatisch die Lage ist: Werden die Wohnkosten mitgerechnet, gelten in Sachsen rund 835.000 Menschen als arm [2]. Besonders betroffen sind junge Menschen, ältere Menschen und Alleinerziehende.

Während immer mehr Haushalte jeden Euro umdrehen müssen, machen große Immobilienkonzerne wie Vonovia weiter Profite. Ein besonders dreistes Mittel sind fehlerhafte Heizkostenabrechnungen. Genau hier setzt der praktische Widerstand der Linken Leipzig an. Wir schauen hin, wir prüfen nach und wir lassen Mieterinnen und Mieter mit diesem Problem nicht allein.

Im Rahmen des Heizkostenchecks der Linkspartei haben Mitglieder der Linken Leipzig-Süd aufgedeckt, dass Vonovia in mehreren Wohnblöcken an der Probstheidaer Straße in Marienbrunn gesetzliche Vorgaben missachtet hat. Dort fehlen Wärmemengenzähler, obwohl sie (seit 2014!) gesetzlich vorgeschrieben sind.

Fehlende Wärmemengenzähler führen dazu, dass Verbräuche geschätzt werden. Und diese Schätzungen gehen häufig zu Lasten der Mieter*innen. Das bedeutet: Die betroffenen Mieterinnen und Mieter haben gesetzlichen Anspruch auf eine Rückerstattung von 15 Prozent ihrer Heizkosten. Für viele geht es dabei um dreistellige Beträge, die ihnen zu Unrecht vorenthalten werden. Und während viele Mieterinnen und Mieter jeden Monat kämpfen, fließt das Geld an ganz anderer Stelle ab. Fehlerhafte Abrechnungen und steigende Nebenkosten belasten die Menschen, während die Profite der großen Immobilienkonzerne weiter wachsen. Vonovia schüttete 2024 rund 1 Milliarde Euro an Aktionärinnen und Aktionäre aus. Eine Milliarde Euro nicht für neue oder sanierte Wohnungen, nicht für niedrigere Mieten, sondern direkt an Aktionäre. Umgerechnet auf den Wohnungsbestand des Großkonzerns sind das 155 Euro pro Monat pro Vonovia-Mieterin und Vonovia-Mieter. Dass sich Gegenwehr lohnt, zeigen die Erfolge an anderen Orten. In München konnten durch den Heizkostencheck Rückzahlungen von rund einer Million Euro erkämpft werden. Auch in Leipzig-Reudnitz wurden für rund 150 betroffene Haushalte mehrere tausend Euro zurückgeholt. Diese Erfahrungen machen Mut. Sie zeigen, dass organisierter Druck wirkt und dass wir als Linke konkret etwas verändern können. Genau daraus ist unsere stadtweite Kampagne "Die Stadt gehört uns allen!" entstanden.

Alle reden, wir hören zu – und wir handeln auch!

Im Herbst 2025 startete die Kampagne der Linken Leipzig-Süd, direkt aus einer Basiskonferenz heraus. Von Anfang an waren viele neue Genoss*innen dabei, im Verlauf kamen weitere hinzu – am Ende waren wir rund 20 Aktive. Unser Ziel war klar: Wir wollten Genoss*innen empowern, ihnen zeigen, dass sie etwas bewegen können. Schon in kurzer Zeit wuchs die Zahl der aktiven Mitglieder deutlich, sodass die Linke Leipzig-Süd durch die Kampagne gestärkt wurde. Über Wochen sind wir von Haustür zu Haustür gezogen. Nicht immer wurden wir freundlich empfangen, nicht jede Tür ging auf. Aber die vielen kleinen Erfolge haben uns motiviert: Bei unserem ersten Aktionstag konnten wir nach Prüfung der Abrechnungen an der Haustür die Gewissheit vermitteln: hier zockt Vonovia die Mieter*innen ab! Das war der Moment, an dem die Kampagne richtig ins Rollen kam. Wir berieten uns regelmäßig in Plena, zogen in Kleingruppen los und mit der Zeit merkten wir, dass die Menschen offener wurden. Wir wurden erkannt, begrüßt, bei längeren Gesprächen sogar in die Wohnungen eingeladen. Auf der Straße vor den Blöcken wurden wir angesprochen und wiedererkannt – allein an unseren Westen.

Natürlich war es nicht immer einfach. Marienbrunn und Lößnig sind ein anderes Klima als Connewitz oder die Südvorstadt. Viele ältere Menschen, viel Politikverdrossenheit, teilweise Angst vor Vonovia oder sogar Solidarität mit dem Konzern begegneten uns. Aber genau hier zeigt sich, warum unsere Arbeit so wichtig ist: Wir müssen dahin gehen, wo es unbequem ist. Wir müssen die Menschen dort erreichen, wo sie leben, statt sie nur in unsere Räume einzuladen. Die Herausforderungen machen deutlich: Viele Menschen sind enttäuscht von der Politik – das zeigen auch die Wahlergebnisse. Umso wichtiger ist, dass wir dranbleiben, zuhören und vor allem handeln. Unsere Botschaft ist klar: Alle reden, wir hören zu – und v.a. handeln wir auch. Wer mitmacht, kann konkret etwas verändern.

Herausforderungen annehmen: Politikverdrossenheit überwinden

Am 14. Dezember 2025 haben wir die Anwohnerinnen und Anwohner zu einer Mieter*innenversammlung eingeladen. Unser Ziel war klar: gemeinsam eine Vorgehensweise entwickeln, uns vernetzen und aktiv gegen fehlerhafte Heizkostenabrechnungen vorgehen. Eine Rechtsanwältin war dabei, beantwortete Fragen und half uns beim Formulieren eines Sammelwiderspruchs. Für Menschen, die Hilfe beim Hin- und Rückweg brauchten, hatten wir einen Fahrdienst organisiert. Wir haben deutlich

gemacht: Wir lassen die Mieterinnen und Mieter nicht allein. Wer sich wehrt, kann etwas verändern und das Geld zurückbekommen, das ihm gesetzlich zusteht. Gemeinsam zeigen wir, dass Vonovia sich an geltendes Recht halten muss.

Zwar kamen weniger Menschen als erwartet, doch die, die da waren, haben großen Willen gezeigt. Sie haben Mappen mit nach Hause genommen, um mit ihren Nachbar*innen zu sprechen. Einige wollen künftig selbst bei Haustüraktionen mithelfen. Auch die Öffentlichkeit war wichtig: In der LVZ und in der LIZ wurde unsere Kampagne erwähnt. Direkt nach der Versammlung meldete sich sogar eine Person, die von ihrem Vermieter – ebenfalls ein Konzern – vermutlich abgezockt wird und unsere Unterstützung erbittet.

Auf der Versammlung wurden zudem weitere Probleme mit Vonovia sichtbar. Das zeigt uns: unsere Kampagne ist noch lange nicht vorbei. Im Januar ziehen wir wieder durch den Block, um möglichst viele Mieter*innen für den Sammelwiderspruch zu gewinnen, insbesondere diejenigen, die nicht zur Versammlung kommen konnten.

Wir lassen nicht locker!

Wir wissen, dass Fehler bei Heizkostenabrechnungen kein Einzelfall sind, sondern Teil eines Systems, in dem Profite wichtiger sind als korrekte und transparente Abrechnungen. Wir setzen dem entgegen: Wohnen ist ein Grundrecht – und wir kämpfen dafür, dass es kein Geschäftsmodell für Profite auf Kosten der Menschen wird.

Jede*r, der oder die mitmacht, macht deinen Unterschied. Ob bei Haustüraktionen, beim Sammelwiderspruch oder in Gesprächen mit Nachbar*innen. Jede Tür, jedes Gespräch, jeder Hinweis zählt. Gemeinsam machen wir klar: Wir schauen nicht zu, wir handeln! Wir sind viele, wir sind organisiert, und wir lassen uns nicht abspeisen. Gemeinsam setzen wir ein starkes Zeichen für bezahlbares Wohnen in Leipzig!

Quellen:

[1] <https://gleft.de/6u7>

[2] <https://gleft.de/6rO>



Fotos: Privat

Orientierung für Frieden und ein Leben in Würde in den Fokus rücken!

Juliane Nagel Am 17. Januar 2026 wurde mit einer Demonstration der israelfeindlichen Gruppierung Handala zu einem Generalangriff auf den Stadtteil Connewitz und seine Bewohner*innen und politischen Strukturen geblasen. Dabei geriet auch das linXXnet und ich als Person in den Fokus, auch durch Genoss*innen unserer Partei. Die Mobilisierung hantierte mit Falschbehauptungen und Zuschreibungen. Das habe ich mit einem Redebeitrag auf der vom linXXnet unterstützten Kundgebung am Connewitzer Kreuz auszuräumen versucht, dessen Essenz hier wiedergegeben werden soll.

Wir stehen heute hier am Ende einer Spirale unfassbarer Polarisierung. Und so wichtig und gut es ist, dass wir heute hier zusammen können, müssen wir konstatieren, dass die differenzierte Perspektive, die viele von uns vertreten, zwischen groß aufgetürmten Blöcken zerrieben wird. Vordergründig geht es um eine angeblich „falsche Haltung“ im Israel-Palästina-Konflikt. Um eine vermeintlich falsche Positionierung dieses Stadtteils, dieser Räume, dieser Menschen. Nach Handala und Co. gibt es nur eine Wahrheit.

Eine Wahrheit, die mit Lügen, mit Hass und mit Feindmarkierungen durchgesetzt werden soll. Und ich sage ganz klar: Solche Methoden lehne ich ab. Und ich hoffe, viele von euch hier auch. Denn es ist eine schmerzhafteste Lehre aus unserer eigenen linken Geschichte, dass Dogmatismus und die Unterdrückung von Meinungen ein Irrweg sind und zu Repression und Unfreiheit führen.

Heute hängt am linXXnet ein Banner mit den Worten: „Kein menschliches Wesen kann nicht beschämt sein über ein Massaker an anderen Menschen.“ Dieser Satz stammt von Sari Nusseibeh, einem palästinensischen Philosophen und Vordenker für Frieden mit Israel. Und er sagt weiter: „Es gibt jetzt so viel Hass auf beiden Seiten. Es fällt mir schwer, den Traum von gleichberechtigter Koexistenz auf absehbare Zeit verwirklicht zu sehen. Doch wirklicher Frieden kann nur entstehen, wenn jede Seite bereit ist, die andere voll zu akzeptieren, anzuerkennen und zu respektieren.“ Hier sollten wir ansetzen und nicht bei vollkommen absurden Stellvertreter*innendebatten, die niemandem helfen: weder den Menschen in Gaza, noch in der Westbank, noch in Israel. Und genau hier hat das linXXnet angesetzt.

Nach dem 7. Oktober 2023 – dem furchtbaren Terroranschlag der Hamas auf Israel und dem völkerrechtswidrigen Gegenschlag Israels – haben wir Gesprächsräume geschaffen. Gesprächsrunden, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte, jüdische Menschen und weiße linke Aktivist*innen miteinander gesprochen haben. Mit der Veranstaltungsreihe „between the lines“ haben wir Stimmen aus Gaza und Israel hörbar gemacht, Stimmen aus der palästinensischen und aus der jüdischen Community. Wir müssen zurück zur Sache und weg von toxischen Debatten. Zurück zu Positionen, die beide Seiten sehen und den Kampf für Frieden und Gerechtigkeit ernst nehmen. Dazu gehört eine klare Abgrenzung von terroristischen Gruppen wie der Hamas, deren Handeln das

Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung immer weiter vergrößert. Und es gehört genauso dazu, den Druck aufrechtzuerhalten für eine Mäßigung und Friedensorientierung der israelischen Politik und Widerspruch gegen die extrem rechte Regierung unter Netanjahu.

Jüdinnen brauchen einen staatlichen Schutzraum. Genau wie Palästinenser*innen. Es geht um ein Leben in Würde und Freiheit, und genau diese Kämpfe gilt es zu unterstützen. Vor zwei Monaten sagte Hamza Howidy, ein vor der Hamas geflohener Palästinenser, auf unserem Podium im Werk 2: „Es braucht Druck für reale, erreichbare Ziele, die der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten helfen.“ Das heißt: Schluss mit Waffenlieferungen nach Israel. Ja zu Sanktionen gegen Staaten, die Terrorgruppen wie die Hamas unterstützen und gegen die israelische Siedlerbewegung. Das heißt: Humanitäre Hilfe für die notleidende Zivilbevölkerung in Gaza. Und Unterstützung für all jene Akteur*innen, die für einen gleichberechtigten Prozess hin zu Frieden und Sicherheit kämpfen. Unser grundlegendes Prinzip dabei muss die doppelte Solidarität sein. Ermordete Jüdinnen und Juden sind nicht gegen getötete palästinensische Zivilist*innen aufzurechnen. Wir müssen fähig sein, Schmerz und Wut über die eine Realität neben der anderen stehen zu lassen und daraus versuchen Kraft für Gemeinsames zu schöpfen. Lasst uns an die Seite derer stellen, die hier und in Israel und Palästina für inklusive Lösungen, für Gerechtigkeit und für Frieden kämpfen.

Eskalation in Rojava.

Tammo Thyselius Die Linke Leipzig unterstützt Hilfskonvoi "People's Caravan"

Kobanê ist eine kurdisch dominierte, multiethnische Stadt im nordsyrischen Rojava. Diese Region mit ihrem selbstgewählten Namen wird mit selbstverwaltenden Strukturen nach Rätevorbild geführt. Weltweit bekannt wurde die Stadt 2014, als sie nach langen Gefechten zwischen den Volksverteidigungseinheiten (YPG) und dem Islamischen Staat (IS) im Februar 2015 offiziell als befreit galt. Nun, 11 Jahre später, drohen erneut Massaker an der Bevölkerung dort.

Nach dem Fall des Assad-Regimes Ende 2024 war unklar, wie sich das Verhältnis von syrischer Interimsregierung unter al-Sharaa und Rojava entwickeln würde. Klar war nur, dass das noch junge Regime in Damaskus auf auswärtige Unterstützung angewiesen sein würde. Wie so oft in Zeiten des Imperialismus wurde die Schwäche des syrischen Staates eiskalt von anderen Staaten der Region ausgenutzt, um ihre Einflusszonen zu

vergrößern. Dabei spielen vor allem Israel und die Türkei wichtige Rollen, wobei deren Interessen oft konkurrieren. Allerdings scheint es, als wäre nach einigen Vorfällen und gegenseitigen Drohungen Anfang Januar bei den Israel-Syrien-Verhandlungen in Paris eine Einigung erzielt worden. Die Kurd*innen saßen dabei mal wieder an keinem Verhandlungstisch. Keine staatlich anerkannte Repräsentanz und nur taktische Bündnisse bei der Bekämpfung des IS sorgen dafür, dass es in Washington und Brüssel keine Wissensbisse gibt, sie unter den Bus zu werfen. Verloren gehen in diesem Konflikt nicht nur zahlreiche Menschenleben, sondern auch das linke Hoffungsprojekt der letzten 20 Jahre. In Zeiten von Militarisierung und Faschisierung droht nun innerhalb von 2 Jahren der zweite Genozid in der Region.

Ich bin überzeugt, dass wir als Die Linke

Leipzig den Widerstand dagegen unterstützen müssen und mit den kurdischen Genoss*innen hier in Leipzig gemeinsam schauen sollten, was wir an Unterstützung leisten können. Deshalb danke ich den Leipziger Abgeordneten Sören Pellmann, Juliane Nagel und Nam Duy Nguyen sowie dem Stadtvorstand für ihr schnelles Einspringen am Freitag, den 23. 01.26. Zur Unterstützung der „People's Caravan“, ein Konvoi, der dringend benötigte Lebensmittel und Medikamente in das belagerte Kobanê bringt, wurde die Miete des Raumes zum gemeinsamen Austausch am Abend mit solidarischen Gruppen und Personen hier in Leipzig übernommen. Die Teilnehmenden der People's Caravan haben, neben inhaltlichem Austausch, mit uns gemeinsam gegessen und Çay getrunken. Es war trotz der desaströsen Lage ein kraftvoller Abend, der Mut gemacht hat, gemeinsam internationalistisch aktiv zu sein.

Vor 80 Jahren

Prof. Dr. Kurt Schneider Demokratische Neueröffnung der Leipziger Universität

Als am 17./18. April 1945 amerikanische Truppen Leipzig besetzten, war der 2. Weltkrieg noch nicht beendet. Leipzig wurde Stadt eines noch endgültig zu besiegenden Feindesstaates. In der durch Bombenangriffe schwer zerstörten Messe-Stadt war die Universität stark betroffen. Von ihren 103 Einrichtungen waren 87 vollkommen zerstört oder schwer beschädigt. Die Mehrzahl ihrer Institute, Kliniken und Bibliotheken konnte zumindest bis auf weiteres nicht benutzt werden. Nachdem die Amerikaner etwa 10 nazistisch belastete Hochschullehrer verhaftet hatten, übertrug ihre Provisorische Militärregierung der Universität die Verantwortung für die weitere Entnazifizierung des Lehrkörpers. Nach dem Ende des Krieges in Europa am 8. Mai 1945 erfolgte in Leipzig am 1. Juli der geplante Besatzungswechsel von der amerikanischen zur sowjetischen Besatzungszone. Zuvor waren zahlreiche Spezialisten fast aller Fachbereiche der Leipziger Universität aufgefordert worden, mit ihren wichtigsten Unterlagen gemeinsam mit den amerikanischen Truppen Leipzig zu verlassen. Da nur wenige von ihnen dazu bereit waren, wurden im Juni 1945 über 40 Wissenschaftler zwangsweise abtransportiert. Zusammen mit Institutsmitarbeitern, Angestellten und Familienangehörigen wurden insgesamt mehr als 100 Personen nach Weilburg an der Lahn zwangsumgesiedelt.

Damit war der Beginn der sowjetischen Besatzungszeit in Leipzig zusätzlich erschwert. Nach 12 Jahren faschistischer Diktatur musste nunmehr zwangsläufig der noch existierende Lehrkörper, die Studentenschaft und die Angestellten vollständig entnazifiziert werden bevor eine Wiedereröffnung der Universität in Frage kam. So wurden am 31. Oktober 1945 zunächst 40 Hochschullehrer und am 15. November 1945 weitere 60 Lehrende entlassen. Durch die Maßnahmen beider Besatzungsmächte war damit der Personalstand vom 8. Mai 1945 von insgesamt 187 Professoren bis kurz vor der Wiedereröffnung auf 44 geschrumpft. Neue Vorlesungen und ebenso neue Lehrbücher wie sonstige neue Lehrmaterialien zu erarbeiten standen als vordringliche Aufgabe vor ihnen. Im ersten Nachkriegssemester nahmen 1.261 Studierende ihr Studium auf, unter denen sich 767 erstmalig zugelassene Studenten befanden. Eine größere Anzahl antifaschistischer Lehrkräfte zu gewinnen war dringend erforderlich.

Bereits am 14. Juli 1945 musste der von den Amerikanern bestätigte Bürgermeister Dr. Hans Vierling zurücktreten. Das Amt übernahm nunmehr der erfahrene Sozialdemokrat Erich Zeigner, der bereits in den 20-jährigen Jahren sächsischer Ministerpräsident gewesen war. Als dann nach dem Rücktritt des bereits gewählten Rektor Prof. Dr. Bern-

hard Schweitzer am 21. Januar 1946 der Philosoph Prof. Dr. Hans-Georg Gadamer das Amt des Rektors übernommen hatte, konnte nunmehr auf Befehl von Marschall Shukow, Chef der SMAD, die ursprünglich für den 31. Oktober 1945 vorgesehene Feierliche Wiedereröffnung der Leipziger Universität am 5. Februar 1946 stattfinden, die in Anbetracht nach der zuvor in Deutschland herrschenden faschistischen Diktatur offiziell als Neueröffnung bezeichnet wurde. Der Festakt, zu dem der Oberbürgermeister Erich Zeigner und der Rektor Hans-Georg Gadamer gemeinsam einluden, fand im Leipziger Filmtheater „Capitol“, dem einzigen nicht zerstörten Saal in der Innenstadt, statt. An ihr nahmen als Redner der sächsische Landespräsident Dr. Rudolf Friedrichs, der Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD Prof. Solotuchin, OBM Dr. Erich Zeigner, Vertreter der Studentenschaft und des FDGB sowie der amtierende Rektor Prof. Dr. Gadamer teil.

Erich Zeigner, der selbst an der Leipziger Universität studiert und promoviert hatte, unterstrich in seiner eindrucksvollen Rede – oftmals stark verkürzt als Grußwort bezeichnet und deshalb im Folgenden ausführlich behandelt – die schwere Mitschuld der deutschen Universitäten als Ganzes an der unheilsamen Entwicklung der deutschen Geschichte, indem sie sich „leider immer mehr dem Wahnsinn des Militarismus und des Nationalismus hingegeben“ hat. „Die neue Universität wird daher ein ganz anderes Gesicht tragen müssen“, betonte Zeigner mit großen Nachdruck. „Der Lehrkörper wird antifaschistisch und demokratisch sein müssen oder die Universität unterschreibt selbst ihr Todesurteil!“ Sie muss, wie Zeigner hervorhob, „der Wissenschaft dienen, ganz eindeutig und mit letzter Sauberkeit, verpflichtet einem engen Bündnis zwischen den körperlich arbeitenden Menschen und der Wissenschaft“.

All das belege, dass es die Wissenschaftler nicht leicht haben werden, da auf ihnen „eine ungeheure Verantwortung“ gegenüber dem Volke ruhe. Die neue Universität, forderte Erich Zeigner, müsse der Jugend dienen, ihr endlich „den Weg freigeben für zähe Arbeit an sich selbst, damit sie eines Tages, ausgerüstet mit dem besten Wissen unserer Zeit, sich an verantwortlicher Stelle in den Dienst unseres Volkes stellen“ kann. Mit dieser Erwartung treten wir uns „mit sorgenden Auge bewegt, zum ersten Male gegenüber, vielleicht voll Misstrauen“, denn „was wissen wir voneinander?“ Fragen, die deshalb Erich Zeigner bewegte und die er stellte, waren: „Wird diese junge Generation die Ursachen unserer nationalen Katastrophe begreifen? Wird sie aus diesen Einsichten die richtigen Konsequenzen ziehen? Wird sie bereit und reif sein, politische Verantwortung zu

tragen?“ Sie muss, so Zeigner, „ganz intensiv und mit jedem Nerv erfassen, dass die Politik unser Schicksal ist!“. Und an die Studentenschaft gewandt, richtete er die Worte: „Eines Tages werden Sie als Lehrer oder Geistliche an der Erziehung oder Beratung unseres Volkes teilnehmen, Eines Tages werden Sie berufen werden, selbst Verantwortung zu übernehmen, die eines Richters oder Staatsanwalts, eines Lehrers oder Arztes“.

Daher war es für Zeigner auch eine „politische Frage, eine öffentliche Angelegenheit von überragender Bedeutung, wer studieren darf“. Maßgebend dafür kann und darf nicht mehr sein, „ob er reich oder arm ist, sondern ob er tüchtig und zuverlässig ist, ob er den geistigen Anforderungen des Studiums gewachsen ist und ob er Charakter besitzt“. „Viel zu lange und zum Schaden des deutschen Volkes“, sagte er hierzu, „war das Volk selbst ausgeschlossen von all den reichen Möglichkeiten, die sich aus dem Besuch der höheren Schulen und insbesondere aus dem Besuch einer Universität ergeben.“ Gemäß dieser grundlegenden Auffassung hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, wie Zeigner mitteilte, zunächst für 5 Jahre jeweils 25.000 RM zur Verfügung zu stellen für die wirtschaftliche Sicherstellung mittelloser junger Menschen während ihres Studiums. Ebenso wurde beschlossen, zunächst auf die Dauer von 10 Jahren alljährlich 7.500 RM zur Verfügung zu stellen, um 5 besonders begabten, aber verarmten Jugendlichen das Studium zu ermöglichen. Zugleich habe der Rat der Stadt, entsprechend seiner Mitverantwortung für den Wiederaufbau der zerstörten Gebäude der Universität, insbesondere der Kliniken, beschlossen, in den Jahren 1946 und 1947 je 500.000 RM zur Verfügung zu stellen.

Ingesamt bewies Erich Zeigner in schwerster ökonomischer und politischer Zeit, drei Monate nach Kriegsende, ein hohes Maß an geschichtlichen Weitblick. Er, der sagte: „Wir sind ein armes Volk geworden, wir haben nur noch unseren Boden, unsere Arbeitskraft, unseren Fleiß, unsere Intelligenz und unseren guten Willen“, fragte: „Werden wir das rettende Ufer erreichen? Werden wir für alle Brot und Arbeit schaffen? Wird das Land wieder ein einiger Staat werden und wird das deutsche Volk wieder im Kreise der Völker der Welt geachtet dastehen? Was wird aus unserem Volk werden, welches so erschütternde Beweise seiner Leistungsfähigkeit gegeben hat, aber auch seines völligen Mangels an politischen Instinkt und Verantwortungsbewusstsein?“ – Daran nach 80 Jahren zu erinnern, sollte dazu dienen, unsere bisherige deutsche Geschichte zu bewerten sowie manche heutige Situation kritisch zu beurteilen.

Rosas Salon 43. Folge

Buchmesse spezial in Kooperation mit der Eulenspiegel Verlagsgruppe Berlin

Der österreichische Publizist Prof. Dr. Georg Tidl stellt seine neueste zeitgeschichtliche Recherche vor: „Nord Stream – die Sprengung der alten Weltordnung“

Wann: Sonnabend, 21. März 2026, 17 Uhr
Wo: Liebknecht-Haus Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Begrüßung: Stadtrat Dr. Volker Külow,
Moderation: Dr. Hartmut Kästner

In seinem neuesten Buch rekonstruiert Georg Tidl anhand von Augenzeugenberichten, Gutachten und internationalen Ermittlungsdokumenten die Ereignisse um die Sprengung der Nord Stream-Pipeline. Dabei entsteht ein klares Bild: Es war ein gezielter Anschlag mit massiven Auswirkungen auf das weltpolitische Gefüge in seiner fragilen Verflechtung von Energiepolitik, globalen Machtverhältnissen und strategischen Interessen. Trotz umfangreicher Untersuchungen und zahlreicher Presseberichte blieb

vieles im Dunkeln. Tidl fragt: Wer sind die Drahtzieher? Welche Staaten und Akteure hatten das größte Interesse? Wer trägt Verantwortung? Wer wird zur Rechenschaft gezogen, und wer bleibt unbehelligt? Dieses Buch richtet sich an alle, die echte Hintergründe statt Spekulationen suchen. Es liefert fundierte Recherche statt Panikmache, klare politische Einordnung statt Propaganda, Antworten und Fragen, die zum Nachdenken auffordern. Georg Tidl, geboren 1948 in Wien, studierte Psychologie, Germanistik und Zeitgeschichte und arbeitete als Journalist im Österreichischen Rundfunk. Zahlreiche Fernsehdokumentationen und Features zu Themen der Zeitgeschichte, Beiträge in Zeitschriften. 2009 Verleihung des Berufstitels Professor. Buchveröffentlichungen unter anderem: „Die Frau im Nationalsozialismus“, „Streuzettel. Illegale Propaganda in Österreich 1933-1938“, »Von der Gestapo gehetzt«, „Kurt Waldheim - Wie es wirklich war“. Seine frühen Recherchen zu Waldheims Kriegsbiografie gelten als



Initialzündung einer innenpolitischen Entwicklung Österreichs zur Aufarbeitung des nationalsozialistischen Erbes.

Rosas Salon im Felsenkeller 44. Folge

Buchmesse spezial in Kooperation mit Die Linke Leipzig

„Der lange Fahrradmarsch“ – Christian Y. Schmidt berichtet über eine Abenteuerreise mit Volker Häring auf den Spuren des legendären Marsches der chinesischen Volksbefreiungsarmee, fast 7000 Kilometer mit dem E-Bike in fünf Monaten

Wann: Sonntag, 22. März 2026, 11-13 Uhr
Wo: Naumanns Tanzlokal im Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32, 04229 Leipzig.

Begrüßung: Stadtrat Dr. Volker Külow,
Moderation: Sören Pellmann, MdB

So weit die Füße radeln: 7.000 Kilometer durch das Reich der Mitte Christian Y. Schmidt und Volker Häring haben es gewagt: Auf spektakuläre Weise radeln die beiden Chinakenner die Originalroute von Maos Langem Marsch entlang. Vorbei an Reisterrassen und Mandarinhainen, durch spektakuläre, gefährliche Schluchten, hinein in alte, faszinierende Handelsstädte. Auf ihrer epischen Tour überqueren sie den Jangtse, kämpfen sich

durch Ausläufer des Himalaya bis aufs tibetische Hochplateau – und folgen dabei dem Gründungsmythos der Volksrepublik, dem Langen Marsch. Außerdem begeben sich die beiden auf die Spur eines in China legendären Deutschen, der an Maos Revolution maßgeblichen Anteil hatte: dem Schriftsteller und ehemaligen Parteifunktionär Otto Braun. Ein spektakuläres Reiseabenteuer: Mit überraschenden Einblicken in ein widersprüchliches Land. Und mit zwei alten weißen Männern, die sich streiten. Christian Y. Schmidt, Jahrgang 1956, war Redakteur des Satiremagazins Titanic. Er hat mehr als fünfzehn Jahre in Peking gelebt und neben gefeierter Belletristik („Der letzte Huelsenbeck“) zahlreiche China-Bücher verfasst, darunter den Spiegel-Bestseller „Allein unter 1,3 Milliarden“. Mit diesem Buch nimmt er Abschied von China. Volker Häring, Jahrgang 1969, ist Reiseschriftsteller und Radreiseveranstalter. Seit 1993 ist mehr als 50.000 Kilometer durch China geradelt und hat darüber in Büchern („Ein Bus namens Wanda“), ARTE-Dokumentationen

(„Chinas Wilder Westen“) und Blogs berichtet. Sein Peking-Krimi Beijing Baby ist ein Geheimtipp unter Chinakennern.



Von links gelesen

Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung – Karsten Krampitz

(Edition Nautilus)

Mi. 18. März, 19:00 Uhr,

INTERIM, Demmeringstr. 32

Die unglaubliche Geschichte einer gelebten Utopie mitten in der DDR: die »Krüppelkommune« von Hartroda

Arnstadt, Thüringen, Ende der 70er Jahre. In einem Heim für behinderte Jugendliche beschließen vier Freunde, die sich kaum bewegen können: Wir brechen aus. Von Rente und Pflegegeld wollen sie sich Pfleger finanzieren, ein Haus bekommen sie von der Kirche – das alte Pfarrhaus in Hartroda, im Altenburger Land.

So beginnt die Geschichte einer Kommune, die völlig aus der Zeit und aus dem Land gefallen ist. Die einen bekommen Hilfe, die anderen Asyl – vor der Schinderei im Staatsbetrieb, vor einem Leben im stupiden Kreislauf von Arbeiten, Saufen, Schlafen. Eine Gemeinschaft der Gleichen, in der alles geteilt wird – Geld und Bücher, Platten und Bier, aber auch alle Gebrechen. Eine Gemeinschaft der Aussortierten, die sich mit Witz und Chuzpe das Undenkbare erkämpft: ein selbstbestimmtes Leben, vielleicht sogar Freiheit. Unter dem Schirm der Kirche wird sie, so scheint es zumindest, vom DDR-Apparat in Ruhe gelassen.

Intellektueller Kopf der Gemeinschaft ist Gruns. Er wird vom schweigsamen Mozek gepflegt, der vom Dachboden aus internationale Fernschachturniere bestreitet und sich über seine Vergangenheit bedeckt hält. Denn Mozek, ehemaliger Grenzer, ist auf der Flucht vor der eigenen Schuld.

Ich hab meine Sache auf nix eingestellt / auf gar nix, überhaupt nix, heißt es in einem Lied der Band Mischpoke, die zum Freundeskreis der Kommune gehört. Als die DDR zusammenbricht, wird deutlich, dass es auch die Mauer war, die die Gemeinschaft von Hartroda zusammengehalten hat.

Ehrenfrau. Ehrenamt neu gedacht: feministisch, solidarisch und radikal fürsorglich mit Nancy Hochstein

(Palomaa publishing)

Mi. 18. März 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstr. 15

Ehrenamt: Fürsorge, Macht und Struktur
Ehrenamt als Ort der Hoffnung und der Erschöpfung, der Möglichkeit und der Unsichtbarkeit: Nancy Hochstein verbindet in diesem Essay eigene aktivistische Erfahrungen mit einer scharfen Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse – und fordert, das Ehrenamt neu zu denken: als

Raum feministischer Praxis, geteilter Verantwortung und radikaler Fürsorge.

Eine persönliche und politische Abrechnung mit einem System, das auf unbezahlter Fürsorgearbeit basiert – und sich dabei stillschweigend auf die Selbstverständlichkeit weiblichen Engagements verlässt.

Ein leidenschaftlicher Essay über Verantwortung, Anerkennung und das Recht, nicht nur zu geben, sondern zu gestalten.

Exklusion 2.0 mit Sarah Yolanda Koss und Gast gemeinsam mit neues deutschland

Mi. 18. März, 20:15 Uhr,

Interim, Demmeringstr. 32

Plötzlich ist vieles möglich. Künstliche Intelligenz schafft mehr Teilhabe im Supermarkt, im Straßenverkehr, am alltäglichen Leben. Zugleich hetzt ein AfD-Politiker auf Tiktok gegen „Einfache Sprache“, im selben Sommer fliegen Steine durch die Glasscheiben eines Selbsthilfeverbands für Menschen mit geistiger Behinderung. Baut Digitalisierung Hürden auf- oder ab? Ein Gespräch über den Stand der Inklusion in Zeiten von Künstlicher Intelligenz und Rechtsruck, moderiert von Sarah Yolanda Koss (nd).

Lob der Überwachung mit Timo Daum

(Edition Nautilus)

Do. 19. März, 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstr. 15

Am Überwachungskapitalismus ist nicht die Überwachung das Problem, sondern der Kapitalismus: für eine positive Überwachungspolitik!

Überwachung und Datenerfassung genießen keinen guten Ruf. Ob durch staatliche Akteure oder Digitalunternehmen – sobald Informationen über uns gesammelt, gespeichert und verarbeitet werden, denkt man schnell an das Angstregime der Stasi, autoritäre Überwachungsdystopien, die Allmacht der Tech-Konzerne.

Auch auf der Linken haben wir Datenschutz und Privatsphäre hochgehalten, eine strenge Regulierung der Konzerne gefordert und »Meine Daten gehören mir!« gerufen. Doch privacy und Datenschutz sind bürgerliche Kategorien, die letztlich ein Privateigentum im Digitalen konstituieren. Statt uns die Potentiale des digitalen Wandels für ein radikal solidarisches Projekt anzueignen, sind wir in die Falle einer konservativen Kritik und der Vorstellung einzelner isolierter Datenbesitzer:innen getappt.

Timo Daum fordert stattdessen, Überwachung positiv zu denken – als Produktiv-

kraft, als Form der Sorge, als Möglichkeit guten Regierens. Denn Überwachung kann auch bedeuten, Vermieter und Eigentümer an Preistreiberei zu hindern, Raser im Straßenverkehr auszumachen, Finanz- und Steuerverbrechen aufzudecken – oder den Grundstein für ein postkapitalistisches, bedarfsorientiertes Wirtschaften zu legen.

Von einem Lob der Überwachung zu sprechen, ist keine geschichtsvergessene Romantisierung autoritärer Systeme, sondern der Versuch, uns die technischen Möglichkeiten, die der Überwachungskapitalismus geschaffen hat, für eine Zukunft ohne Kapitalismus anzueignen.

Möglichkeiten und Grenzen antifaschistischer Wirtschaftspolitik – Sabine Nuss

(Karl Dietz Verlag Berlin)

Do. 19. März, 19:00 Uhr,

INTERIM, Demmeringstr. 32

Auf die zunehmende Bedrohung von rechts werden immer drängender Antworten gesucht. Eine davon lautet in jüngster Zeit: »Antifaschistische Wirtschaftspolitik«. Gezielte Umverteilung von oben nach unten und eine planvolle Investitionspolitik seitens des Staates soll die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte endlich ablösen.

Vorrangiges Ziel: die Stärkung sozialer Sicherheit. Auslöser dieser Forderung ist die Beobachtung, dass Menschen tendenziell eher rechts wählen, wenn aufgrund von wirtschaftlichen Krisen, Inflation und der Kürzung von Sozialausgaben Abstiegsängste und Unsicherheit zunehmen. In diesem Kontext stellen sich einige Fragen:

Warum wählen die Menschen dann rechts und nicht links? Welche grundlegenden Fragen werden dabei gar nicht erst angesprochen? Welche Strukturen des Kapitalismus können Aufschluss darüber geben, welche Weltanschauungen im Alltagsbewusstsein anschlussfähiger sind?

Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen in Kooperation mit dem linXXnet und Interim

Klassentreffen Live – Der Podcast über Klasse, Krise und Kultur Julian Daum plus Gast

Do. 19. März, 19:00 Uhr,

Liebknecht Haus, Braustr. 15

Der nd-Podcast über Klasse, Krise und Kultur geht in Leipzig live ins Gespräch vor Publikum, um das gute Leben für alle und die brennenden Klassenfragen unserer Zeit zu diskutieren – seit neuestem nun auch mit nd-Redakteur und (Co-)Host Julian Daum.

nd.Präsentiert: 50 Jahre Punk - Christof Meueler mit Gästen

Do 19. März, 20:15 Uhr,

Interim, Demmeringstr. 32

Es lesen und diskutieren die Autor*innen Jonas Engelmann, Alexander Pehlemann und Juliane Streich, moderiert von Christof Meueler (nd). Und sie spielen ihre Lieblingslieder.

Sichere Häfen, Städte als Zuflucht mit Volker M. Heins.

(Edition Nautilus) und Julia Walter (linXXnet)

Fr. 20. März, 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstr. 15

Können Sanctuary Cities eine Antwort auf nationale Abschottung sein?

Eine internationale Analyse zur Zukunft offener Gesellschaften

Während sich die Grenzen vieler Staaten schließen und Regierungen auf Abschottung setzen, sind weltweit immer mehr Menschen durch Kriege, Umweltzerstörung und staatliche Willkür zur Flucht gezwungen. Auch eine rigorose Grenzpolitik unterbindet Migration nie völlig – aber wo können flüchtende Menschen noch ankommen, wenn der Staat sie zum Problem erklärt?

Eine Antwort findet sich in jenen Städten, die die praktische Unterstützung Geflüchteter und das solidarische Zusammenleben mit Migrant:innen zu ihrem Selbstverständnis gemacht haben – und sich damit aktiv gegen die nationale Politik ihrer Länder stellen. Sie helfen unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus, entwickeln Ausweise für alle, die sich in der Stadt aufhalten wollen, unterstützen in juristischen Fragen, schützen vor polizeilicher Willkür. Städte dieser Art finden sich auf fast allen Kontinenten, sie heißen Sichere Häfen, Sanctuary Cities oder Città dell'accoglienza.

Volker Heins hat in Chicago, Kampala, Sheffield und Palermo, in Bremen, Berlin und Zürich recherchiert: Wie wirkt sich das Schutzversprechen für Menschen ohne Aufenthaltsstatus konkret aus? Ist das Selbstverständnis der Städte von Dauer oder bloße moralische Aufwallung, entsteht hier gar ein neuer Begriff urbaner Freiheit? Und was passiert, wenn Städte direkt vom Staat angegriffen werden – wie man zuletzt in den USA beobachtet konnte, wo Donald Trump den Kampf gegen Sanctuary Cities zur Priorität erklärte?

Die Kriegslogik durchbrechen! Graswurzelrevolutionäre Stimmen zum Gaza-Krieg mit Bernd Drücke und Swetlana Nowoshe-nova mit dem Verlag Graswurzel-revolution

Fr. 20. März, 19:00 Uhr,

INTERIM, Demmeringstr. 32

Dieser Sammelband soll dazu beitragen, dass politische Diskussionen in einem Klima geführt werden können, das nicht von Einschüchterung geprägt ist. Zu Wort kommen Menschen, die sich für Aussöhnung und eine solidarische Gesellschaft jenseits von Na-

tionalismus, Herrschaft und Gewalt einsetzen. Die Aktivist*innen u.a. von New Profile, Combatants for Peace und Palestinians and Jews for Peace weigern sich, Feinde zu sein. Sie solidarisieren sich mit den Geiseln, den Angehörigen der Opfer von Gewalt in Israel und Palästina, den Geflüchteten und Menschen, die sich dem Mord auf Kommando verweigern. Sie stellen sich sowohl gegen den Terror der islamistischen Hamas als auch gegen den der extrem rechten Netanjahu-Regierung.

Aufklärung zum Tod von Medard Mutombo: Wo stehen wir jetzt? Mit Jule Meier (nd) und Gästen

Fr. 20. März, 20:15 Uhr,

INTERIM, Demmeringstr. 32

Immer mehr Menschen sterben in Folge von Polizeieinsätzen, unter ihnen Kupa Ilunga Medard Mutombo. Über Aufklärung, Verantwortung und unabhängige Untersuchungen diskutieren sein Bruder, dessen Anwältin und die Antidiskriminierungsstelle des Landes Berlin.

Meine verletzte Generation - Wie der Staat uns alle verrät mit Carla

Hinrichs (Klett Cotta)

Sa. 21. März, 18:00 Uhr,

linXXnet, Brandstr. 15

Carla Hinrichs schläft noch, als ein Einsatzkommando unter Berufung auf § 129 StGB ihre Wohnung stürmt. Der Vorwurf: Bildung einer kriminellen Vereinigung, der Letzten Generation. Die Jurastudentin aus Bremen, die sich dafür einsetzt, dass Gesetze auch vom Staat eingehalten werden, landet nun selbst dafür vor Gericht. Dieses Buch ist ein erschütterndes Zeugnis davon, wie verletzt unsere Demokratie ist und der dringliche Appell, die eigenen Grundrechte immer wieder aktiv zu nutzen – solange wir sie noch haben.

Hier geht es nicht um die Klimakrise. Hier geht es um die Demokratie und um die Autokratisierung unseres Staates. Und um den Paragraphen 129 StGB. Ein Gesetz, das die Staatsanwaltschaft im Kampf gegen Terror und Mafia bemächtigen soll und das missbraucht wird, um Grundrechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Die Anklage gegen Carla Hinrichs und die Letzte Generation wird dadurch zu einem Präzedenzfall gegen die Zivilgesellschaft. Denn ihr Protest war stets gewaltfrei, doch nun droht ihnen Gefängnis. Spannend, emotional und aufrüttelnd erzählt Carla Hinrichs hier die Geschichte einer politisch engagierten jungen Frau und einer der kontroversesten Bewegungen der letzten Dekade.

Politische Geborgenheit mit Clara Tempel

(Verlag Graswurzelrevolution)

Sa. 21. März, 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstr. 15
Geborgenheit spielt eine wichtige Rolle in emanzipatorischen sozialen Bewegungen

und trägt dazu bei, dass Menschen langfristig aktiv und widerständig sein können. Gleichzeitig muss sie kritisch hinterfragt werden, weil sie in Machtverhältnisse eingebettet ist und nicht selten auf Grenzziehungen und Ausschlüssen beruht. Das Buch zeigt, wie wir das transformative Potenzial von Geborgenheit im Aktivismus stärken können, ohne bestehende Machtverhältnisse zu reproduzieren.

Stark und gefährlich wie nie - was tun gegen den Erfolg der Rechten

Sa. 21. März, 19:00 Uhr,

Liebknecht Haus, Braustr. 15

Rechte Hegemonie und absolute AfD-Mehrheiten rücken bedrohlich näher. Doch der vermeintlich unaufhaltsamen Faschisierung stellt sich auch zivilgesellschaftlicher Widerstand entgegen – welche Gegenstrategien waren und werden wirksam sein? Über Praxis und mögliche Handlungsoptionen diskutieren unterschiedliche linke Akteur*innen - Moderation: Johannes Hecht (nd).

Was du kriegen kannst mit Clemens Böckmann

(Hanser Literaturverlage)

Sa 21. März, 19:00 Uhr,

Interim, Demmeringstr. 32

Wer ist diese Frau? Ihre Stasi-Akten beschreiben Uta als „groß“, „schlank“, „sehr intelligent, z. T. auch sehr raffiniert“. Sie nennen sie „mannstoll“ und notieren, dass sie „sehr viel raucht und auch viel Alkohol konsumiert“. Aber ist das schon alles? Wie kann man einen Menschen voller Hoffnung und Lust beschreiben, der in die Widersprüche seiner Zeit gerät?

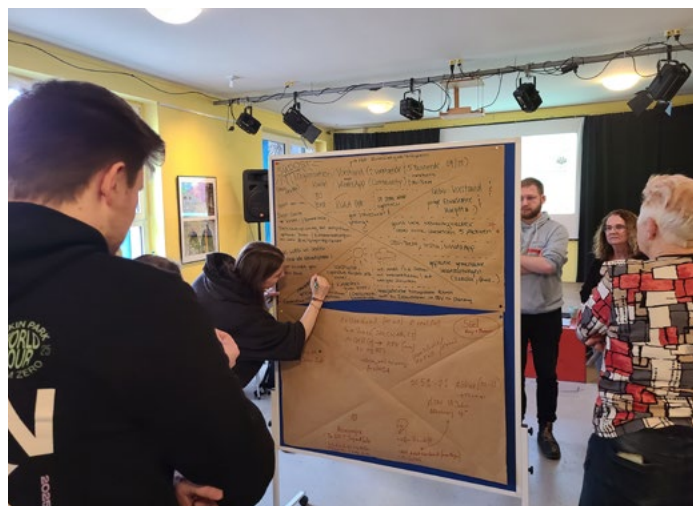
Über vierzig Jahre war Uta Sexarbeiterin. Seit 1971 von der Stasi auf Männer angesetzt, war sie dabei Täterin und Opfer zugleich. In Clemens Böckmanns die Geschichte aufwühlendem Roman erzählen er, sie und die Akten gemeinsam ein Leben. Dabei gibt es keine Wahrheit über die DDR oder die Ausbeutung als Frau – aber Aufmerksamkeit für einen von allen vergessenen Menschen.

Present Past. Wie Nachfahren ihre NS-Familiengeschichte erforschen mit Johannes Spohr

(Metropol Verlag)

So. 22. März, 18:00 Uhr, linXXnet, Brandstr. 15

Zehn Geschichten, zehn Wege: Nachfahren berichten, wie sie zum Nationalsozialismus in der eigenen Familie recherchiert haben, was sie herausgefunden haben und wie sie mit den Erkenntnissen umgehen. Sie geben damit Einblick in persönliche Erinnerungspraktiken einer wachsenden Minderheit in der deutschen Gesellschaft. Ergänzt werden die Erfahrungsberichte durch Beiträge, die gesellschaftliche Entwicklungen zum Thema sowie Neuerungen in den Archiven darstellen. Ein Ermutigungsbuch für alle, die sich auf die Suche begeben wollen.



Fotos: Privat

4 Bilder aus dem letzten Monat

Gedenken I (links oben): Am 15. Januar 2026 hatten wir anlässlich der Ermordung von Rosa und Karl im Jahr 1919 zum Gedenken unter dem Motto „Wir sagen: Trotz alledem!“ aufgerufen. Der Leipziger Stadtverband sieht sich als Mieter im Liebknecht-Haus, dem Geburtshaus von Karl Liebknecht stets zu seiner besonderen Verantwortung für das Erinnern an das Lebenswerk und revolutionäre Erbe von Luxemburg und Liebknecht bekannt.

Gedenken II (links unten): Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz, in welchem über eine Million Menschen zu Tode gequält oder sofort ermordet wurden, von der Roten Armee befreit. Unfassbares Leid hat das faschistische Regime über Europa gebracht – Holocaust, Krieg, Mordtaten, Zwangsarbeit und Unterdrückung. Es ist unsere Verantwortung, diese Gräueltaten niemals zu vergessen. Deswegen fanden anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zahlreiche Gedenkveranstaltungen in Leipzig statt. Daran nahmen auch viele unserer GenossInnen teil.

SBV-Klausur (rechts oben): Am 24. Januar fand die gemeinsame Klausur der Vorstände aller Stadtbezirksverbände mit den Stadtvorsitzenden statt. Auf ihr wurden gemeinsame Problemlagen besprochen und über die Durchführung von Gesamtmitgliederversammlungen informiert.

*Streik (rechts unten): Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hatte am 29. Januar bundesweit zum „Streiktag Bildung“ aufgerufen. Leipzig war dabei einer der Streikschwerpunkte. In Sachsen hatte die GEW Lehrkräfte, Schulassistent*innen und Pädagogische Fachkräfte der öffentlichen Schulen, und Hochschul-Beschäftigte zum Streik aufgerufen. Ebenso sind auch Streikende aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg nach Leipzig gereist. An der Demo mit 3.000 Teilnehmenden haben sich auch unsere GenossInnen beteiligt und deren Forderungen unterstützt.*

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Mietenkonferenz:** Voraussichtlich am 18. April 2026 (finale Bestätigung folgt) laden wir euch ein zur Mietenkonferenz in Leipzig. Wir wollen als Genoss*innen und Mieter*innen zusammenkommen, um auf das zu schauen, was wir bisher in der Mietenkampagne erreicht haben, und um die nächste Phase unserer Kampagne miteinander zu starten. Gerade begleiten wir an mehreren Orten Vonovia-Mieter*innen, die sich gegen ihre Vermieterin wehren. Es geht dabei um fehlerhafte Heizkostenabrechnungen. Die Erfahrungen, die wir machen, lassen uns hoffnungsvoll auf die Zukunft blicken: von der Mieterin im Westen, die zum ersten mal politisch aktiv wird und ihre Mieter*innenversammlung moderiert zum AfD-Sympathisanten in Reudnitz, die sich bereit erklärt, mit Linke-Klemmbrett in der Hand Haustürgespräche zu führen. Mit diesen Mieter*innen und mit vielen anderen wollen wir den Konflikt um bezahlbares Wohnen in Leipzig auf die nächste Stufe bringen. Wir treffen uns in Aufbruchstimmung, wollen voneinander lernen und gemeinsam in die nächste Phase starten. Das wird ein Tag zum Austauschen, zum Planen und zum Krafttanken. Die inhaltliche und programmatische Vorbereitung läuft in den nächsten zwei Monaten in der Kampagnenkoordination, im Kampagnenrat und im Mietenkonferenz-Planungsteam. Wer Lust hat mitzumachen, schreibt eine Mail an: leipzigfueralle@dielinke-leipzig.de

Queerer Wintermarkt**Wann:** Samstag, 21. Februar 2026, 14 Uhr**Wo:** Hof des Liebknecht-Hauses, Braustraße 15

Es wird Kunst von queeren Leipziger Künstler:innen, kreative Bastelstationen, verschiedene Infostände, eine warme vegane KūfA („Küche für Alle“), Zuckerwatte, eine Bar mit Heiß- und Kaltgetränken sowie einen Rückzugsraum im Sinne gelebter Awareness-Strukturen geben.

Ein besonderer Programmpunkt ist die feierliche und dauerhafte Hissung der Progressive-Pride-Flagge am Liebknecht-Haus. Als Partei Die Linke verstehen wir den Einsatz für Menschenrechte intersektional. Queere Kämpfe sind untrennbar mit dem Einsatz gegen Unterdrückung, Armut und Diskriminierung verbunden sowie mit dem Widerstand gegen das Erstarken rechter und konservativer Strukturen, die Vielfalt und Freiheit bedrohen. Wir möchten euch, der Community, Unterstützer:innen und Interessierten, auf dem queeren Wintermarkt einen Rahmen und Raum bieten, an dem Gemeinschaft, Sichtbarkeit und Solidarität spürbar wird.

**Veranstaltungstipp:
Lebensthema DDR – Hommage an
Erich Loest zum 100. Geburtstag****Wann:** Montag, 23. Februar, 19.30 Uhr**Wo:** Literaturhaus Leipzig / Haus des Buches, Gerichtsweg 28, 04103 Leipzig

Aus Anlass des **100. Geburtstages von Erich Loest** laden das Literaturhaus, Künstlerspur Leipzig und Rosas Salon zu einer ihm gewidmeten Hommage ein. Der Schriftsteller, Verleger und Ehrenbürger der Stadt Leipzig war ein Chronist der gesamtdeutschen Gesellschaft, aber sein eigentliches Schaffensthema war die DDR. Wie kein zweiter sprach er darin Themen wie das im Mehltau von Routinen, Langeweile und Selbstbescheidung erstickende Leben in der DDR an. Seine großen Romane wie „Es geht seinen Gang“, „Nikolaikirche“, „Zwiebelmuster“ und „Völkerschlachtdenkmal“ spielen alle in Leipzig. Dr. Helmuth Markov würdigt Loests Schaffen. In einem Podiumsgespräch interviewt Professor Johannes Heisig, der Erich Loest gemalt hat, Thomas Loest über seinen Vater. Loests langjährige Freunde Bernd-Lutz Lange und Clemens Meyer sprechen über Begegnungen mit dem Autor und lesen Texte vom ihm. Die „Elke und Thomas Loest Stiftung“ wird 100 gebundene Bücher von Erich Loest gegen eine Spende, die der Künstlerspur und dem Literaturhaus zugute kommt, abgeben.

„Marx, Engels und der Rassismus ihrer Zeit.“ Buchvorstellung mit Lukas Egger.**Wann:** Freitag, 27. Februar 2026, 19 Uhr**Wo:** translib, Goetzstraße 7

Der Umgang von Marx und Engels mit Rassismus wird seit geraumer Zeit heiß debattiert. Die Positionen reichen dabei von orthodoxen Rechtfertigungen bis hin zu postmodernen Denunziationen. Beide Seiten gehen in der Regel eindimensional vor und legen den Fokus auf die kolonial geprägte Vorstellung von einem Gegensatz angeblicher Rassen. Diese Form des Rassismus wird aber nicht mit anderen Rassismen wie Antisemitismus, Antislawismus oder Orientalismus vermittelt. Das im August 2025 erschienene Buch „Marx, Engels und der Rassismus ihrer Zeit“ von Wulf D. Hund, Lukas Egger und Felix Lösing ist die erste Studie, die sich kritisch, umfassend und aus marxistischer Perspektive mit der Haltung von Marx und Engels zum Rassismus ihrer Zeit befasst. Lukas Egger stellt die zentralen Thesen des Buches vor und zur Diskussion.

**Soldat der Revolution,
Parteiführer, Parlamentarier***Rosas Salon in Kooperation
mit Die Linke Leipzig***Wann:** Samstag, 28. März 2026, 10-13 Uhr**Wo:** Liebknecht-Haus Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig

Aus Anlass des 200. Geburtstages von Wilhelm Liebknecht veranstalten die Freundinnen und Freunde von Rosas Salon in seinem ehemaligen Leipziger Wohnhaus ein wissenschaftliches Kolloquium. Historiker*innen, Philosoph*innen und Politikwissenschaftler* würdigen Leben, Werk und die aktuelle Bedeutung des Publizisten und Politikers, der mit seinem Freund August Bebel, unterstützt

Regelmäßige Termine**Stadtvorstand****Wann:** 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
(Nächster Termin: 10. März)**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15
und online per BigBlueButton.

Der Stadtvorstand von Die Linke Leipzig ist zwischen der Parteitag das höchste Gremium des Stadtverbandes.

Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt

**Beratung der Ortsvorsitzenden
und AG-SprecherInnen****Wann:** 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
(Nächster Termin: 17. März)**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15
und online per BigBlueButton.

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern.

Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben.

von Marx und Engels, in den 1860er Jahren die sozialistische deutsche Arbeiter*innenbewegung in Leipzig aus der Taufe hob und ihr jahrzehntelang als sozialdemokratischer Abgeordneter im Deutschen Reichstag national und international eine unüberhörbare Stimme verlieh. Besondere Aufmerksamkeit gilt Liebknechts Wirken für Demokratie und soziale Gerechtigkeit sowie seinem unerschrockenen Kampf für Frieden, gegen Militarismus und Krieg. Außerdem werden die Geschichte und die Perspektiven des Leipziger Liebknecht-Hauses erörtert.

Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht, wird um Voranmeldung in der Geschäftsstelle (0341/14064411 oder vorstand@die-linke-in-leipzig.de) gebeten.

Herausgeberin:

Stadtvorstand Die Linke Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), AG Mitteilungsblatt

Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Oktober 2025. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 02.03., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.